

Redaktion
1001 1. Bd. Verwaltung:
An die Brau II.,
Kommission am. 32.



Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Dienstag, 17. April 1923.

Nr. 88.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Kündigung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Deutschdemokratische Sehnsucht.

Im gestrigen „Montagsblatt“, — das ist die Montagsausgabe der deutschdemokratischen „Bohemia“ — macht der unter dem durchsichtigen Pseudonym „cher“ schreibende Leitartikel des Blattes, Herr Dr. Vacher, seinem gepreßten reaktionären Herzen einmal gründlich Luft. Ihm hat es das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht angetan, das ihm gar schwer auf die Nerven fällt. Er glaubt, darüber nicht länger schweigen zu können, vielmehr: er glaubt nicht länger schweigen zu müssen, denn er, wie die Reaktion überhaupt, wittert Morgenluft, so daß es ihm und Seinesgleichen schon wie ein Verdienst vorkommen mag, die politischen Errungenschaften des Volkes zu bespuden. Noch vor einem Jahre hätte Herr Vacher, der Deutschdemokrat, nicht gewagt, auch nur verstreut für die Befestigung des direkten Wahlrechtes zu schreiben, wie er es gestern offen tat, denn seit dem Umsturz suchte seine Partei den Eindruck zu erwecken, daß zugleich mit ihrer Firmaänderung ein neuer Geist, der Geist der Demokratie und des Frei sinns in sie eingezogen sei. Niemand hat der alten abgetakelten deutschliberalen Partei diese Wandlung geglaubt, sie konnte nirgends größere Wählermengen hinter sich zu bringen und vermochte nur durch die „Wahlgemeinschaft“ mit den anderen deutschbürgerlichen Parteien ein paar spärliche Mandate für das Parlament zu ergattern. Nun glaubt sie wohl, angesichts des Erstarkens der Reaktion im tschechischen Lager die heuchlerische Maske des Demokratismus fallen lassen zu können, denn der Sieg der tschechischen Reaktion wäre auch der Sieg der deutschen Kapitalistenklasse, als deren Wortführer Herr Dr. Vacher hier auftritt.

Vorerst versichert er, „man vergibt sich auch als Demokrat ganz und gar nichts, wenn man die Idee des direkten Wahlrechtes den Fehdehandschuh hinwirft“. Welch' überwältigende Vorstellung: Vacher wirft dem direkten Wahlrecht den „Fehdehandschuh“ hin! Anders tut er's nicht, als Fehdehandschuhe hinzuwerfen. Das entspricht schon so seinem rauhen Kriegertum. „Man vergibt sich auch als Demokrat ganz und gar nichts“. Da hat Herr Dr. Vacher recht: solche Demokraten wie er, „vergeben“ sich dabei wirklich nichts, denn trotzdem, daß sich Herr Professor Dr. Kasza bemüht, den Deutschdemokratismus modern aufzupolieren, hat sich doch noch niemand gefunden, der ihn anders einschätzen würde, denn als Draperie für den hornieretsten arbeitserfindlichsten Teil des deutschen Bürgertums. Hören wir Herrn Vacher: „Das direkte Wahlrecht gehört zwar zu jenen Begriffskomplexen, die noch immer zu dem Glaubensbekenntnis der Demokratie gehören, aber die politische Kritik rüttelt schon lange an der Unsehbarkeit eines Dogmas, das über kurz oder lang das Zeitliche segnen wird“. Herr Dr. Vacher wässert bereits der Mund und er sieht das goldene Zeitalter schon vor der Tür, da das direkte und wenn möglich auch allgemeine und gleiche Wahlrecht etwa von den tschechischen Faschisten abgewürgt sein wird und auch seine Partei, die Partei der arbeitslosen Pludmacher, zur Blüte und Mitherrschschaft gelangen kann. Er weiß: solange das heutige Wahlrecht besteht, kann die deutschdemokratische Partei auf keinen grünen Zweig gelangen, darum hofft er bewußt auf einen tschechischen Staatsstreich, denn nur durch einen solchen könnte eine Verschlechterung des Wahlrechtes erfolgen, was, so nebenbei, auf die nationale Gefinnungstreue der „Bohemia“ und ihres Montagsablegers ein treffliches Schlaglicht wirft.

Herr Dr. Vacher muß natürlich auch einen Grund für seine Sehnsucht nach Befestigung des direkten Wahlrechtes angeben, da er schon den wahren Grund, seine Arbeiterfeindschaft, die ihn seinerzeit zum Urheber des gehässigen und albernen Wortes über die Bergarbeiter, die er die „Börsianer der Arbeit“

Die Maidemonstration der Eisenbahner Arbeitsruhe in allen Regieunternehmen. — Zweistündiger Stillstand des Verkehrs.

Gestern fand in Prag eine Beratung der Eisenbahnerorganisationen über die Kundgebung der Eisenbahner am 1. Mai statt. Den Gegenstand dieser Manifestation bildet der Protest gegen den planmäßig reaktionären Ansturm gegenüber den Angestellten. Es lagen zwei Anträge vor und zwar ein Antrag des Aktionsausschusses der tschechischen Eisenbahnerorganisationen auf eine dreistündige und ein Antrag der „Jednota železničarů“ auf eine bloß einstündige Arbeitseinstellung. Nach eingehender Debatte wurde der Antrag des Aktionsausschusses auf eine zweistündige Arbeitseinstellung angenommen, und zwar von zehn bis zwölf Uhr vormittags. Des Refusats der Verhandlungen war nachstehende Beschlusfassung:

„Am 1. Mai wird über den ganzen Tag die Arbeit in den Regieunternehmen eingestellt und zwar in den Werkstätten, beim Oberbau und in den Magazinen. Beim Verkehre werden in der nächstliegenden Station um zehn Uhr sämtliche Züge (Schnellzüge, Personen- und Güterzüge) eingestellt, welche ihre Weiterfahrt Schlag zwölf Uhr fortsetzen werden. Der Sicherheitsdienst ist von dieser Ruhepause ausgenommen. Diese Beschlusfassung bezieht sich auf sämtliche Staats- und Privatstrecken im Bereiche der ganzen Tschechoslowakischen Republik.“

Der Zweck dieser Aktion ist die Manifestation für die allgemeinen Forderungen des Weltproletariates und weiterer für die Unterstützung nachstehender Eisenbahnerforderungen:

1. Novellierung des Gesetzes vom 20. Dezember 1922, Z. 396, Slg. d. G. u. B.
2. Widerrufung aller Verschlechterungsmassnahmen, welche in der letzten Zeit gegen die Eisenbahnbediensteten durchgeführt wurden.
3. Einleitung von Verhandlungen über die bisher nicht durchgeführten Forderungen, welche bereits dem Eisenbahnministerium durch den Zentralvertrauensmännerauschuss beim Eisenbahnministerium übergeben wurden.

Die weiteren Richtlinien zur Durchführung der Aktion werden vom Aktionsauschuss beziehungsweise von den Rahmenorganisationen herausgegeben werden.

Der Aktionsauschuss der tschechischen Eisenbahnerorganisationen.

Debatte im deutschen Reichstag.

Noch immer kein positives deutsches Angebot.

Berlin, 16. April. (Eigenbericht.) Die Rede des Ministers Rosenberg in der heutigen Reichstagsitzung brachte keine Klärung der politischen Lage. Rosenberg teilte nur mit, was bereits durch Erklärungen der Regierung und auf inoffiziellen Wege bekannt geworden war. Man vermisse das in seiner Rede, was die Stunde mit zwingender Notwendigkeit verlangt, ein positives deutsches Angebot. Die Erklärung der deutschen Verhandlungsbereitschaft bedeutet noch keine aktive Politik. Genosse Hermann Müller holte in seiner Rede nach, was der Minister versäumt hatte. Er erklärte zwar auch, man dürfe auf die passive Resistenz nicht verzichten, müsse aber darauf Rücksicht nehmen, daß die Ruhrbevölkerung eine Abmilderung ihrer Leiden herbeiführt. Er betonte, daß ein aktiver Widerstand gegen Frankreich unmöglich sei und fragte

bei dieser Gelegenheit die bürgerliche Regierung, wie lange sie noch dem Treiben der Dillergarden ruhig zusehen werde. Ein positives Angebot sei kein Zeichen der Schwäche, ja seine Ablehnung müßte den Widerstand am Rhein und an der Ruhr nur stärken. Rasche Entschlüsse seien schon nötig, um einen Anschluß Englands an Frankreich zu verhindern. Die Sozialdemokratie habe klar Stellung genommen, sie wolle Sicherheiten geben aber keine Annexionen dulden. Deutschland, Frankreich und ganz Europa müßten endlich Frieden bekommen. Der Zentrumsführer Marx sprach in ähnlichem Sinne wie der Minister. Der Deutschnationaler Hoeßch verlangte Einstellung der Tätigkeit der internationalen Militärkommission. Dem tschechischen Ministerpräsidenten warf er vor, der Reichsregierung in den Rücken gefallen zu sein.

nannte, nicht angeben kann. Als diesen Grund führt er an, daß beim direkten Wahlrecht eine „Auslese“ der Fähigsten, Intelligentesten und Kennnisreichsten nicht möglich ist. Wie alle, denen die Trauben des Volksvertrauens zu hoch hängen, erklärt auch er sie für lauer: der alte Trid des Fuchses, der bei seinem Mißerfolg, die Trauben zu erhalten, wenigstens seine Würde gewahrt sehen möchte. Da Herr Vachers Partei gegenwärtig und für alle Zukunft im ganzen Staate auch nicht ein einziges Mandat aus eigener Kraft zu erringen vermag, so läßt diese Auswahlslosigkeit es als billigen Mut erscheinen, wenn Dr. Vacher gegenüber der Gunst und dem Vertrauen der Wähler eine gut gespielte Verachtung zur Schau trägt. „Die direkte Wahl durch zehntausende von Wählern und Wählerinnen ist eines der schwersten Hindernisse der Auslese“. Heute entscheiden nach Dr. Vacher nur: „Redegewandtheit, Wit, persönliche Beliebtheit, Ueberredungskunst und oft genug die bloße Fähigkeit, im gegebenen Moment das Blaue vom Himmel herunterzulügen“. Wie schriebe dieser Vacher über die „zehntausende Wähler und Wählerinnen“, die er, dieses Inkarnat von Wahrfähigkeit und Bildung insgeheim als geistig unmundig, urteilslos und vertrottelt hinzustellen sucht, wenn sie hinter ihm und seiner Partei stünden und sich dazu hergeben würden, dem lahmen Deutschdemokratismus in den Sattel zu helfen! Wie rührend vom Herrn Dr. Vacher, daß er sich die Sorge, ob die Wähler die richtigen Abgeordneten wählen, so angeeignet läßt! Nur schade, daß diese für seine Fürsorge nicht das nötige Verständnis aufbringen werden! Auslese der Besten und Fähigsten! Man hat doch die Besten

Die deutsche Justizhande.

Die deutschen Gerichte begnügen sich nicht damit, wegen der vierhundert ungestraften politischen Morde für ewige Zeiten am Pranger der Geschichte zu stehen, naht und bloß in ihrer Schande, das primitivste Rechtsgefühl politischen Leidenschaften zuliebe erstickt zu haben. Daß den Verbrechern an Liebnecht, Luxemburg, Eisner, Garreis, Erzberger und Rathenau keine oder nur halbe Sühne ward, daß Toller und Rechenbach im Zuchthaus schwachten, ist des Erbärmlichen zu wenig; Deutschlands Richter schauen in dem Bedürfnis, ihrem infernalischen Klassenhaß gegen die Arbeiter, ihrer Wut auf die demokratische Republik die Zügel schieben zu lassen, nach neuen Taten aus, und wenn sie schon keine Mordbuben freizusprechen vermögen, stellen sie sich wenigstens schirmend vor gewissenlose Hepapostel, und belegen die Verteidiger des Rechtes und der Verfassung mit Strafe.

Die letzte Woche gerade hat des Empörenden übergenug gebracht und die Fälle wirken wie Beispiel und Gegenbeispiel, die ganze tendenziöse Verbohtheit der deutschen Rechtsprechung von heute belegend. Einor der bösesten Reaktionäre, der Pfarrer Traub, der den Reichspräsidenten und die Republik ununterbrochen verleumdet und beschuldigt, ist einer Verurteilung durch eine — Ehrenklärung entgangen, gewiß die wirksamste Art, um einen „Minister“ des Reichsjustizministeriums mundtot oder zu einem Freund der neuen Ordnung zu machen. Ein noch unappetitlicherer Klaffer, der Chefredakteur des „Niesbacher Anzeigers“, treibt den Hohn ein beträchtliches Stück weiter, weigert sich, vor dem Leipziger Staatsgerichtshof, vor dem er angeklagt ist, zu erscheinen, und die bairischen Behörden unternehmen nichts, ihn zur Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflicht zu verhalten. Ja, am Sonntag veranstalteten die Hitler- und Ludendorffverbände unter Teilnahme von Reichswehroffizieren in München eine Parade, um die bairische Regierung in der Frage der drohenden Verhaftung der deutschvölkischen Redakteure und eines vom Staatsgerichtshof gegen Hitler eingeleiteten Verfahrens zu einer Intervention bei der Reichsregierung zu veranlassen. Nach dem Wunsch der vaterländischen Kampfbünde soll die Regierung ein für allemal den Vollzug von Haftbefehlen des Staatsgerichtshofes ablehnen, die Rechtsradikalen wollen sich nur vor bairischen Gerichten verantworten.

Dafür haben dieselben bairischen Behörden den linksrepublikanisch gesinnten Journalisten Puttkammer gefangen gesetzt und halten die Verhaftung mit einem immer neuen Aufwand von Lügen aufrecht, weil er den Münchner Rechtsputschisten gefährlich zu werden drohte. Die erste Aufschuldigung, die man gegen ihn vorbrachte, zerplatze sofort wie eine Seifenblase. Man war so fähig, zu behaupten, er habe den hafenkreuzerischen Studenten Baur ermordet, weil dieser ein Attentat gegen Scheidemann geplant habe. Mit dieser Anklage ist man vorzichtigerweise ganz, ganz still geworden, denn Baur ist offenkundig der nationalsozialistischen Fehme zum Opfer gefallen. Als er am 19. Jänner bei der Münchener Polizei einvernommen wurde, gab er zu, tags vorher mit Oberleutnant Korbach seine Idee, Scheidemann zu ermorden, besprochen zu haben, doch habe ihm Korbach dringend abgeraten, ja gedroht, er selbst würde jeden erschließen, der jetzt eine derartige Tat ins Werk zu setzen versuche. Trotzdem auf Verabredung politischer Morde Zuchthaus steht, ließ die Münchener Polizei, die Hüterin der Gesebe, den Mann frei und beschlagnahmte niemanden von denen, mit welchen er sich über so harmlose Dinge wie die Tötung eines Sozial- und Schwachfriedlers unterhalten hatte; dafür räumten die Korbacher das Blaudeckelmaul, das so unbesonnen aus der Schule schwante, zur Seite und die Gerichte zogen Puttkammer ein, weil er Bours Plan aufzudecken gewagt hatte. Ueber sein Betreiben nämlich hatte ein Parteigenosse in Berlin die zuständige Reichsstelle am 12. Jänner von Bours dunklen Absichten verständigt, durch ihn kamen die bairischen Behörden in die peinliche Verlegenheit, den Fall untersuchen zu müssen, und die Blätter der regierenden „Volkspartei“ bezeichneten es allen Ernstes als den „gravierendsten“ und „bedenklichsten“ Verdacht, der auf Puttkammer laste, daß er „seine Spindelberichte an eine norddeutsche Regierungsstelle gesandt habe“. „Bevitjelung“ ist es also, wenn man im Reiche erzählt, was in Bayern vorgeht. Bayerns Staatsboheit ist für die dort herrschenden Männer identisch mit Hort der Gegenrevolution! Dank dieser Auffassung ist in München die blutige Verführung aller Rechtsbegriffe so weit gediehen, daß man gestän-

und Fähigsten im alten Privilegienparlament an der Arbeit gesehen. Die Zeit ist noch nicht so fern, daß man nicht wüßte, wie damals diese „Auslese“ beschaffen war. Was aus den Ausführungen des Vacher spricht, das ist bekannte dreiste Unmaßlichkeit gewisser „Gebildeter“, die im Volke eine unwissende, allen Schlagworten erliegende Herde sehen. Und dies nur deshalb, weil es auf ihre eigenen Schlagworte nicht hineinfallen will.

Daß Herr Dr. Vacher über die deutsche Bevölkerung solche Meinungen hegt, könnte man einfach auf das Konto seiner Ueberheblichkeit und Arroganz schreiben und ihn übrigens links liegen lassen, wenn die Sache nicht doch einen tieferen Hintergrund hätte. Was er da äußert, das ist nicht dieser ein Herr Dr. Vacher allein, sondern es ist das kapitalistische deutsche Bürgertum, das aus ihm spricht! Das deutsche Bürgertum, das seit jeher hochmütig, volks- und arbeitserfindlich bis in die Knochen, bis auf den heutigen Tag im Wesen sich nicht im geringsten geändert hat und sich auch nicht ändern wird. Wenn Vacher prophezeit, der Zukunft werde „nichts übrig bleiben“, als „Stück für Stück“ des Wahlrechtes abzutragen, so weiß er, daß er mit seiner auch der Sehnsucht seiner deutschbürgerlichen Klassengenossen Ausdruck gibt. Ob er seiner Partei einen Dienst erwiesen hat, als er ihre Karten so aufzeigte, bleibe dahingestellt. Für die Arbeiterschaft aber ist das Extempore des deutschdemokratischen Herrn Dr. Vacher sehr lehrreich. Sie wird ihm und den Seinen im gegebenen Falle eine Antwort erteilen, wie sie die Sehnsucht der internationalen Reaktionäre erfordert.

dige Nordbuben von der Art Bours freiläßt, ihren Entlarvern jedoch den Prozeß macht.

Daß aber Bayern damit in Deutschland nicht allein steht, beweist der Fall des Heidelberger Physikprofessors Genard, eines großen Gelehrten und noch größeren Nationalisten, der vor dem badischen Landgericht zur Verhandlung stand. Genard hatte, der Verordnung des Ministeriums entgegen, am Tage des Rathenaubegräbnisses den Betrieb in seinem Institut nicht eingestellt und die Fahne nicht auf Baldmatt gehißt. Diese offenkundige Herausforderung veranlaßte den Führer der republikanischen Studenten, Mierendorff, den Rektor um seine Intervention zu bitten, und als dieser nichts unternahm, wandte sich Mierendorff an die Gewerkschaften. Abordnungen von Studenten und Arbeitern sprachen beim Professor vor, doch hatte dieser auf deren ruhige Bitten nur die drohende Antwort, ihm stünden Kräfte zur Verfügung, deren Anwendung den Leuten sehr unangenehm werden könnte. Vollzogen die der Regierungsverordnung Beachtung schafften wollten, ließ Genard nicht ins Haus, dafür wurde die gewaltig angewachsene Volksmenge aus drei Hydranten mit Wasser übergossen. Da riß den Leuten die Geduld, sie stürmten das Institut, legten den Betrieb lahm, verwüsteten aber nichts. Mierendorff, der Tagelöhner Bloß und der Schlosser Jodelsch wickten dabei auf die Erregten die ganze Zeit über beruhigend ein, zum Dank wurden sie, und nicht etwa der Herausforderer Genard, wegen Hausfriedensbruchs vor Gericht gestellt. Erst achtzehn Stunden vor Beginn des Prozesses erfuhr die Angeklagten und ihre Verteidiger den Termin, trotzdem wurde dem Antrag auf Verlegung nicht stattgegeben. Darauf legten die Verteidiger ihr Amt nieder. Genard verweigerte auf jede unangenehme Frage die Antwort, drohte hochschänzig, den Saal zu verlassen, und setzte sich mit seinen Aussagen in frechen Widerspruch zu allen anderen Zeugen. All das ließ ihm der Vorsitzende ungerührt durchgehen, umso strenger war man gegen die Angeklagten, die nichts getan hatten als ihre Pflicht: denn Mierendorff erhielt vier, die beiden andere drei und fünf Monate Gefängnis, der eigentliche Friedensbrecher aber geht frei aus. Das Urteil empört umso mehr, als die Angeklagten sich zu einem gegen Genard angeklagten Prozeß freiwillig als Zeugen gemeldet hatten, und das Gericht, bis es das Material beisammen hatte, den Spieß umdrehte und die Anklage, statt gegen Genard, gegen die Zeugen erhob.

Wer es mit der Republik, ihren Gesetzen und ihrer Freiheit ernst meint, wird von den Richtern des Staates verfolgt und niedergedrückt und es genügt, die Demokratie und die Volkrechte zu verletzen, um von denselben Richtern als Märdler gehandelt und sorgsam an allen Klippen der Gesetzgebung vorübergeführt zu werden. In dem Neb, das die besoldeten und beamteten Juristen aus Lüge, Rechtsbruch und reaktionärem Fanatismus gewebt haben, sind die deutsche Republik und ihre Zukunft fast unrettbar verstrickt. Das ist der niederdrückende Eindruck, den man aus einer Betrachtung der Fälle Traub-Burkammer-Miesbacher Anzeigen — Genard heimträgt.

Inland.

Tausendkünstler Maresch.

Wir haben uns in jüngster Zeit an anderer Stelle mit der Tätigkeit des nationaldemokratischen Senators Dr. Franz Maresch, des kommandierenden Generals der „Rot-Weißen“, die einen Feldzug gegen die Humanitätsphilosophie führen, beschäftigt und dabei darauf verwiesen, wie schlecht diese Tätigkeit des Herrn Maresch zu seiner Funktion eines Vorsitzenden der tschechoslowakischen Völkerbundgesellschaft paßt. Wie man auch in tschechischen Kreisen über Maresch denkt, beweisen diese Zeilen der „Ceskoslovenske Robin“:

„Die Tschechoslowakische Republik kann sich einer wirklichen Kuriosität rühmen: Der

„Burplea.“

Eine Schifferlegende von S. Sienkiewica.

Es war einmal ein Schiff, „Burplea“ mit Namen, so groß und stark, daß es weder Sturmwind noch wild aufgewühlte Wogen fürchtete, und mochten es die schrecklichsten gewesen sein. Und es steuerte immerzu mit geschwollenen Segeln über den Ozean, schwang sich läßt auf die gebäumten Wellen, zertrümmerte mit machtvoller Brust die Riffe unter dem Wasser, an denen andere Schiffe zerschellen, und zog mit sonnenumstrahlten Segeln so rasch in die Ferne, daß der wirbelnde Gischt an seinen Klanken zischte, und ein langer Lichtstreifen hinter ihm auf dem Wasser sich bildete.

„Ein herrliches Schiff!“ jagten die Matrosen der anderen Schiffe. „Es ist, als ob ein Leviatan (legendäres Seeungeheuer) die Wogen zerschneite.“ Und manchmal fragten sie die Besatzung der „Burplea“:

„Wo, Leute! Wohin fahrt ihr denn?“

„Wohin uns der Wind treibt,“ antworteten die Matrosen.

„Gebt acht! Dort gibt es wilden Strudel und gefährliche Riffe!“

Als Erwiderung auf diese warnende Stimmen kamen nur die Worte eines Liedes, so stolz und brausend wie der Sturmwind selbst:

„Fröhlich nur, fröhlich ins Weite!“

„Glücklich und sorglos war das Leben der Besatzung auf dem Schiff.“

Sachverständigenberatungen über das Reparationsproblem.

Keine französisch-englischen Verhandlungen.

Paris, 15. April. (Havas.) Die französischen und belgischen Minister konstatierten die Unmöglichkeit, derzeit günstige Verhandlungen mit England über die Reparationen anzuknüpfen, da zwischen den britischen und den französisch-belgischen Auffassungen ein großer Unterschied besteht. Die

Minister anerkannten es als vorteilhaft, daß die französisch-belgischen Sachverständigen Vorschläge über die finanzielle Regelung der Reparationen ausarbeiten; inselgedessen werden Barthou, Seydoux und Delacroix baldigst zu einer Beratung zusammenzutreten. Die Minister werden in 14 Tagen über die Arbeiten dieser Sachverständigen beraten.

England betreibt einen deutschen Vorschlag.

London, 16. April. (Havas.) Daily News erfahren, daß die englische Regierung auf diplomatischem Wege alle Bemühungen auswen-

det, um die deutsche Reichsregierung zur Vorlage eines Reparationsvorschlages zu veranlassen.

Demission Bonar Laws?

London, 16. April. (Reuter.) Das Gerücht, daß Bonar Law zurückzutreten beabsichtige, wird offiziell dementiert. Doch die Angenehme Davaas bemerkt dazu, daß trotz des offiziellen Dementis der Rücktritt Bonar Laws in politischen Kreisen aus Gesundheitsrücksichten unabwendbar betrachtet werde.

Die deutschen Bergarbeiter für weitere passive Resistenz.

Vielefeld, 15. April. (Wolff.) Am 13. und 14. d. M. tagte hier die Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, um zu der Besetzung des Ruhrgebietes Stellung zu nehmen. Der Verbandsvorsitzende Husemann gab einen umfassenden Überblick über die Lage und unterstrich die Notwendigkeit der weiteren Abwehr des französisch-belgischen Rechtsbruches an Rhein und Ruhr. Den streikenden, um ihre Lebenshaltung schwer kämpfenden Saar-Kameraden drückt die Konferenz ihre stärkste Sympathie aus und beschloß, für sie einen Extrabeitrag in der Höhe eines zweimaligen Wochenbeitrages zu erheben. Schließlich wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der ungebrochene Wille, sich fremder Willkür und brutaler Gewaltanwendung nicht zu beugen, bekundet wird. Die Konferenz verurteilt den Ueberfall

französischer und belgischer Truppen auf eine friedlich arbeitende Bevölkerung; sie weist aber auch den Gedanken weit von sich, durch Ablehnung von den bisherigen erfolgreich angewandten Abwehrmitteln die grausame Gefahr einer blutigen Auseinandersetzung heraufzubeschwören. Es sei die heilige Pflicht der Regierung, keine Gelegenheit zur Anbahnung einer friedlichen Verständigung ungenutzt vorübergehen zu lassen.

Schwere Steuerstrafen im Ruhrgebiet.

Düsseldorf, 15. April. (Havas.) Da die Gruben die vorgeschriebene Kohlensteuer nicht bezahlen, hat General Degoutte eine Verordnung erlassen, in welcher verbindliche Ladefcheine für alle Kohlen- und Koksladungen aus dem Ruhrgebiet eingeführt werden. Jeder Verstoß gegen diese Verordnung wird mit 100 Millionen Mark Geldstrafe und fünf Jahren Gefängnis bestraft.

Französische Minister in Düsseldorf.

Düsseldorf, 16. April. (Havas.) Heute morgens trafen der Minister für Öffentliche Arbeiten Le Trocquer, Finanzminister Lasterie und Kriegsminister Maginot hier ein und besichtigten Vormittag die beschlagnahmten Halben Koks, sowie die Art seiner Verladung.

Zweigeverein für den Völkerbund, der jagungsgemäß den Völkern zu verfolgen hat, den Gedanken des Völkerbundes zu propagieren und für ein gutes Verhältnis zwischen den Staaten und für eine Annäherung und den Frieden zwischen den Völkern zu arbeiten, hat zum Vorsitzenden den Herrn Senator Dr. Franz Maresch, der gleichzeitig Führer der „weiß-roten Vereinigung zum Schutze der Rechte der Nation“ ist und dessen Namen aus dem aufgeblasenen Aufzug „Mahnruß der Weiß-Roten“ prangt. Als Vorsitzender des Tschechoslowakischen Zweigevereins für den Völkerbund hat er die Pflicht, auf die Mäßigung der nationalen Gegensätze in unserer Republik hinzuwirken und für ein anständiges Zusammenleben zwischen dem tschechoslowakischen Volk und den nationalen Minderheiten zu arbeiten, was freilich nur auf dem Boden nationaler Vertrauensgleichheit, der demokratischen Gleichheit und der Freiheit möglich ist. Aber als Vorsitzender der „Weiß-Roten“ hängt Senator Maresch der Theorie vom Herrenvolke (natürlich vom tschechoslowakischen) an, daß in der Republik souverän

herrschen muß, und dessen Sprache im Staate ausschließlich berechtigt ist; mit einem Wort: Herr Maresch ist Befürworter des ausschließlichen herrschsüchtigen Nationalismus dem die Existenz der andersnationalen Minderheiten in der Republik und ihre international gewährleisteten Minimalrechte ein Dorn im Auge sind. Gegenüber dem internationalen Forum spielt Herr Senator Maresch den Apostel aller menschlichen Ideale, fährt auf die Weltkongresse, auf denen sich alles um die Grundzüge der Humanität, der nationalen und sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Solidarität dreht; aber zuhause ist er ein ganz gewöhnlicher nationaler Duzendheger, der es sich so fügen will das Humanitätsprogramm gemacht hat, mit allen Mitteln das Humanitätsprogramm des Präsidenten Masaryk zu bekämpfen. Wenn der Tschechoslowakische Zweigeverein für den Völkerbund, welcher — wie bekannt — ein Teil der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft ist, einen solchen Präsidenten duldet, so ist dies Sache des Gewissens und des Geschmacks der in der Staatswissenschaftlichen

Gesellschaft organisierten Intelligenz; aber ein solcher, doppeltköpfiger Mann kann uns weiterhin nicht mehr vor der internationalen Welt vertreten, die sich nach Herrn Senator Maresch eigentümliche Vorstellungen von unserer Intelligenz- und Sittenniveau machen würde. Der Präsident des deutschen Zweigevereins für den Völkerbund, Dr. Medinger, hat soviel Takt und Anstand bewiesen, daß er aufhörte, Mitglied jedweder politischen Partei zu sein, als er den Vorsitz dieses Zweigevereins übernahm, um nach außen den Schein unbedingter Objektivität und rein sachlicher Verfolgung der Interessen und des Schutzes der nationalen Minderheiten in der Republik zu erwecken. Herr Senator Maresch aber entblödet sich nicht, als Vorsitzender des Zweigevereins für den Völkerbund, wo er nur kann, seinen parteipolitischen Standpunkt zur Geltung zu bringen, und setzt tritt er sogar in der Rolle eines Führers des tschechoslowakischen Faschismus auf. Soviel wir wissen, sind in dem Tschechoslowakischen Zweigeverein für Völkerbund viele fortschrittliche Einzelpersonen aus verschiedenen Parteien vertreten; es sind dort auch viele kulturelle und humanitäre Korporationen und Vereine — all diesen darf es nicht gleichgültig sein, was für eine Schande und was für eine Gefahr für die Interessen der Republik ein solcher Herr Maresch als Vorsitzender einer Gesellschaft ist, die zu einem internationalen Forum Zutritt hat und daselbst im Namen unseres Staates sprechen soll.“

Die Charakterisierung des Herrn Vorsitzenden des Tschechoslowakischen Zweigevereins der Völkerbundliga ist umso wertvoller, weil sie eben aus tschechischem Munde kommt. Völkerverbhuer und Faschist zugleich — das ist die neueste tschechoslowakische Kuriosität.

Die deutschnationale Partei der Kapitalisten.

Am 11. April fand eine Sitzung des Parlamentarischen Klubs der Deutschen Nationalpartei statt, an der auch die Vertreter der Reichsparteileitung und der Kreisorganisationen teilnahmen. Die in der Presse veröffentlichten Ergebnisse dieser Sitzung sind insofern von allgemeinem Interesse, als in ihnen der naive kapitalistische Klassenstandpunkt der Deutschen Nationalpartei wieder einmal klar zum Ausdruck kommt. Die Exeme der Deutschnationalen hat sich nämlich bemüht gefühlt, auch über die Sozialversicherung zu reden. Bis hier hatten sie sich zu dieser Frage überhaupt nicht geäußert und natürlich nicht das Geringste dazu getan, daß Arbeiter und Angestellte wenigstens zu einer bescheidenen Alters- und Invaliditätsversicherung gelangen. Nun aber der Termin, an welchem endlich darüber entschieden werden soll, vor der Tür steht, müßten sich die Herrschaften denn doch rühren. Wie sie das taten, beweist folgende Stelle aus dem Sitzungsbericht:

„Eine Stellungnahme zur Frage der Sozialversicherung behält sich der Klub vor, bis der betreffende Gesetzentwurf vorliegen wird. In Angelegenheit der einseitigen Handhabung der Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung wurde beschlossen, eine Interpellation an das Ministerium für soziale Fürsorge einzubringen.“

Dieses Vorbehalt der Stellungnahme spricht eine sehr deutliche Sprache: die Deutschnationalen wollen die Sozialversicherung nicht, versuchen aber, sich um die klare Entscheidung möglichst lange herumzudrücken. Daß sie heute, ein paar Wochen vor der Verhandlung dieser Frage im Plenum des Abgeordnetenhauses, nicht einmal „Stellung“ dazu nehmen, beweist, daß sie dagegen sind. Und dabei wagen sie es zu leugnen, daß ihre Partei die Vertreterin des Kapitalismus, der Fabrikanten und Unternehmer ist, die zwar Wählerfang auf indifferente Arbeiter betreibt, die Interessen des Proletariats aber mit Füßen tritt! — Der zweite Passus der zitierten Stelle, die Interpellation wegen der „einseitigen Handhabung der Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung“ ist verächtlich unklar und es scheint sich auch darunter eine

die Mastbäume begannen zu faulen und die Segel verwirrten in der Luft.

Einige Stimmen der Vernunft wurden laut:

„Hütet euch!“ sagten mehrere Matrosen.

„Tut nichts! Wir schwimmen mit der Welle“, antwortete die Mehrheit der Besatzung.

Eines Tages brach ein so furchtbarer Sturm los, wie man ihn bisher noch nie erlebt hatte. Winde, die mit Bahnsinnweile dahinjagten, peitschten Ozean und Wollen zu einem höllischen Chaos zusammen. Grauenhafte Wasserfäulen stürzten tosend und schaumbedeckt gegen die „Burplea“. Als sie das Schiff ereilt hatten, stießen sie es zum Meeresgrund hinab, schlenkerten es wieder in die Höhe und dann wieder auf den Meeresgrund. Die vermoderten Schiffswände barsten und plätsch hörte man einen gellenden Schrei: „Die „Burplea“ sinkt!“

Und die „Burplea“ sank in der Tat, und die Besatzung, des Steuerns und der Mühsalen längst entwöhnt, wußte nicht, wie sie das Schiff retten sollte!

Nach dem ersten Augenblick des Entsetzens packte aber die Matrosen eine wilde Wut, denn sie liebten immerhin ihr Schiff.

Alle sprangen auf und begannen den Wind und die schaumwirbelnden Wogen mit Kanonen zu beschießen, und dann packte jeder, was er bei der Hand hatte, und peitschte das Meer, das die „Burplea“ vernichten wollte.

Herrlich und erhebend war der Anblick dieses Verzweiflungskampfes. Aber die Wogen waren mächtiger denn die Schiffer.

Wasserübergossen verstümmten die Kanonen. Abgrundtiefe Schlünde rissen viele der kämpfenden hinob und schlenderten sie ins Verderben.

Mit jedem Augenblick wurde die Besatzung kleiner, aber sie kämpfte noch. Halb erblindet, von brillenden Massen wilden Gisches bedeckt, kämpften die Schiffer bis zum äußersten.

Für Augenblicke verließ sie die Kraft, nach kurzer Atempause kämpften sie aber weiter.

Schließlich versagten ihre Hände. Die Besatzung fühlte, daß nun der Augenblick des Sterbens gekommen war.

Stiere, dumpfe Verzweiflung bemächtigte sich aller. Die Matrosen schauten einander an, und in aller Bliden spiegelte es sich wie Wahnsinn.

Da erhoben sich wieder die Stimmen, die vorher schon gewarnt hatten, und diesmal waren sie so stark, daß sie den brüllenden Sturm machtvoll überdünnten.

Und sie sprachen:

„O, ihr Verblendeten! Nicht schießen sollt ihr auf die Wogen, nicht den Ozean peitschen, aber das Schiff ausbessern! Geht auf den Boden des Schiffes. Dort arbeitet. Die „Burplea“ ist noch nicht verloren.“

Bei diesen Worten erbeben die schon Halb-toten wieder, sprangen in die untersten Räume des Schiffes und begannen von dort ihr Rettungs-werk. Und sie arbeiteten von früh bis in die späte Nacht, um die Verblendung und die Fehler der vergangenen Tage wieder gut zu machen.

(Deutsch von S. D. Fangor.)

Sege gegen die Arbeiter und Arbeitslosen zu verbergen. Vielleicht klärt uns die deutschnationale Presse auf, welche „Verbesserungen“ der Arbeitslosenunterstützung sie beabsichtigt.

Die Partei des Herrn Lodgman für die Erhöhung der Mietzinsen! In der oben erwähnten Sitzung der deutschnationalen Parlamentarier und Reichs- und Kreisvertrauensmänner wurde unter anderem auch folgendes beschlossen:

„In der Frage des Mieterzuschusses wird der Standpunkt des Abbaues der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens eingenommen. Daher spricht sich der Klub grundsätzlich für eine entsprechende Erhöhung der Mietzinsen und für eine möglichst kurze Befristung des neuen Gesetzes aus, da in absehbarer Zeit wiederum eine neue gesetzliche Regelung schon im Hinblick auf die schwerende Belastung wird eintreten müssen. Von diesen Grundgedanken wird sich der Klub bei den Bestimmungen über das Mieterzuschußgesetz leiten lassen.“

Die Deutschnationalen hatten schon in den Ausschüßberatungen des Gesetzes durch ihren Herrn Raibl die Sache der Hausbesitzer verfechten lassen, doch konnte man da noch immerhin glauben, das sei ein persönlicher Verzweifelszug dieses Raibls. Nun stellt sich die ganze Parteiherde geschlossen hinter ihn und macht so aus einem Raibl einen Leichofen, nur um zu beweisen, wie sehr ihr alle Interessen der Arbeiter und Festbesoldeten hinter den Schufuchten des Geldhades zurückstehen. Die Flagge, unter der die Deutschnationalen in die nächste Wahlschlacht ziehen werden, wird also die Inschrift tragen: „Für den Wohnungswucher! Für die Ausbeuter! Gegen den kleinen Mann!“ sie sammeln bewußt alle „schweren“ Speie um sich. Und just hinter den Männern, welche die Interessen der wirtschaftlich Schwachen so unverhüllt verraten, läuft der größte Teil der deutschen Beamenschaft wie besessen einher. Aber dieser jüngste Parteibeschluß wird ihnen doch wohl endgültig die Augen öffnen.

Also doch Erhöhung des Zuckerprieses. Wie wir erfahren, wurden die seit mehreren Tagen zwecks Festsetzung des neuen Zuckerprieses im Ernährungsministerium geführten Verhandlungen gestern in später Abendstunde beendet. Die Vertreter der tschechoslowakischen Zuckerindustriellen und der Vertreter des erkrankten Ministers Franke, Minister Tschun, einigten sich auf einen Kompromisspreis, der sich zwischen dem alten Zuckerpries und dem von den Industriellen verlangten höheren Preise bewegt. Es ist also die Verteuerung eines der wichtigsten Nahrungsmittel, des Zuckers, Tatsache geworden, denn zweifellos wird der Ministerrat die Abmachungen Tschuns bestätigen.

Gemeindevahlen. Im Gebiet von Weitra haben am Sonntag wiederum in zwei Orten Gemeindevahlen stattgefunden. In Kráponosch erhielten die deutschen Sozialdemokraten 65 Stimmen und vier Mandate, die deutschen Agrarier 96 Stimmen und sechs Mandate und die tschechische Liste 44 Stimmen und zwei Mandate. In Kébri erhielten die tschechischen Sozialdemokraten 200 Stimmen und sieben Mandate, die tschechischen Sozialisten 122 Stimmen und vier Mandate, die Bürgergruppe 131 Stimmen und vier Mandate, die tschechischen Alerikalen 117 Stimmen und vier Mandate, die tschechische Gewerkschaft 65 Stimmen und zwei Mandate. — Die politische Landesverwaltung in Prag hat in der vergangenen Woche die Gemeindeverretung von Ruppertsdorf (politischer Bezirk Reichenberg) aufgelöst und gleichzeitig die Ausschreibung von Neuwahlen angeordnet.

Die Affäre Kubicek wächst sich zu einem großen Skandal aus. Am Samstag fand eine Sitzung des Klubs der agrarischen Abgeordneten statt, in der beschlossen wurde, den Abgeordneten Dr. Kubicek noch einmal aufzufordern, das Mandat niederzulegen und aus der Partei auszutreten. Diese Aufforderung trägt uktimativen Charakter und ist bis Montag sechs Uhr abends befristet gewesen. Der Klub will in die Debatte über den Antrag der „Bohemia“-Bank bereits ohne die Mitgliedschaft des Doktor Kubicek eintreten. Sollte Dr. Kubicek dieser Aufforderung bis zu der gegebenen Frist nicht Folge geleistet haben, wird er aus der Partei ausgeschlossen werden. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses will eventuellen, für die Koalition unangenehmen Ereignissen, die das Auftreten des Dr. Kubicek auf der Rednertribüne des Abgeordnetenhauses zur Folge hätten, vorbeugen und es wird deshalb auf Dr. Kubicek ein Druck ausgeübt, er möge in die Debatte nicht eingreifen. Dr. Kubicek aber besteht unbedingt darauf, im Abgeordnetenhause zur Bankdebatte zu sprechen und sich, wie er sagt, „verteidigen“. Seine Verteidigung allerdings dürfte darin bestehen, daß er andere mächtige Herren in die „Bohemia“-Bank-Affäre hereinzüge. Die tschechischen Agrarier beharren deswegen auf der Mandatsniederlegung Kubiceks, „weil ihnen daran liegt, nicht nur die sogenannte neue Wirtschaft in der „Bohemia“-Bank aufzuklären, sondern auch die Wirtschaft des alten Verwaltungsrates der gefallenen Bank; die Schuldigen sollen bestraft werden, ob sie nun im neuen oder alten Verwaltungsrat gefessen sind. Gerade darum, weil die Öffentlichkeit irrtümlicherweise (!) annehmen könnte, daß Dr. Kubicek seinen politischen Einfluß dazu bemüht, um das oder jenes zu verheimlichen oder aus der Welt zu schaffen, gerade darum steht die Partei auf dem Standpunkt, daß Dr. Kubicek seine Behauptung als unpolitische Person beweise und so die Untersuchung über die Gründe des Falles der Bank durch nichts gestört werden könnte. Bis zur künftigen Sitzung des

Parlamentes muß die Sache Kubiceks geklärt sein.“ So hat nämlich den Standpunkt der agrarischen Partei ein „herorragender Funktionär“ dieser Partei einem Redakteur der „Kardni Politika“ gegenüber präzisiert. — Im „Pravo Lidu“ werden neue Geschäfte des Abgeordneten Kubicek mitgeteilt. So hat Doktor Kubicek durch Vermittlung des Herrn Wantoch von den bekannten Grietelwerken, wo Kubicek Vorsitzender des Verwaltungsrates war, und durch Vermittlung eines gewissen Lustig aus Deutschland 10.000 Liter Spiritus gekauft unter der Bedingung, daß die deutsche Regierung die Einfuhr von sechs Waggons Grietelkör gestatte. Bei diesem Geschäft belief sich der Verdienst auf eine Million Kronen. Doktor Dbertor, ein gewesener Beamter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten machte die Regierung auf dieses Geschäft aufmerksam, die jedoch den Dingen ihren Lauf ließ.

Schwezen und Sprachenfrage. Die politische Landesverwaltung in Prag hat mit einem Erlasse vom 17. Feber die Eichämter beauftragt, mit allen Aemtern, auch den autonomen, ausschließlich in tschechischer Sprache zu verkehren. Diese Verfügung der politischen Landesverwaltung eröffnet wieder einen Ausblick auf den Inhalt der künftigen Sprachenverordnung, für welche durch beratige Anordnungen offenbar der Boden vorbereitet werden soll. Auch die Verfügung an die Eichämter bezweckt, einen Zustand im Sprachenverkehre zu schaffen, der dann durch die Sprachenverordnung lediglich legalisiert zu werden braucht.

Internationaler Sozialistischer Arbeiterkongress.
Hamburg 1923.

An die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder!

Das zur Vorbereitung des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses eingesetzte Organisationskomitee hat in Bregenz vom 4. bis 6. April 1923 getagt und den Beschluß bestätigt, daß der Kongress

in Hamburg am 21. Mai 1923 im Gewerkschaftshaus Besenbinderhof 57 (nächst dem Hauptbahnhof) um 10 Uhr vormittags beginnen und voraussichtlich sechs Tage dauern wird. Als provisorische

Tagesordnung

- wird vorgeschlagen:
1. Der imperialistische Friede und die Aufgaben der Arbeiterklasse.
2. Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion.
3. Die Aktion der sozialistischen Arbeiterpartei für den Achthundentag und die internationale Sozialform.
4. Die Organisation des internationalen Proletariates.

Zulassungsbedingungen.

Zur Teilnahme an dem Kongress sind alle sozialistischen Arbeiterparteien eingeladen, die
1. in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emancipation der Arbeiterklasse erkennen;
2. in der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die durch den Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) repräsentiert wird, ein unumgängliches Erfordernis der erfolgreichen Führung des Klassenkampfes erkennen;
3. die Resolution des Haager Weltfriedenskongresses (1922) über „Die Aufgabe der Arbeiterklasse im Kampf für den Frieden“ als gegenwärtige Basis für den Kampf gegen die Kriegsgefahr betrachten und die Notwendigkeit anerkennen, zur vollständigen Klarstellung über das Verhalten der proletarischen Parteien während eines Krieges zu gelangen;
4. die internationale Organisation nicht nur als ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso als ein unentbehrliches Instrument während jedes Krieges anerkennen;
5. gewillt sind, nach der Gründung einer sozialistischen Internationale keiner außerhalb dieser sozialistischen Internationale bestehenden politischen internationalen Vereinigung anzugehören.

Für den Hamburger Kongress hat das Organisationskomitee folgende

Geschäftsordnung

- beschlossen:
1. Jede sozialistische Arbeiterpartei, die gewillt ist, auf Grund der Zulassungsbedingungen an dem Hamburger Kongress 1923 teilzunehmen, hat bei der Anmeldung dem Organisationskomitee ihre Mitgliederzahl im Durchschnitt des Jahres 1922, eventuell auch andere für ihre Stärke wesentliche Momente (Zahl der Vertreter im Parlament usw.) bekanntzugeben.
2. Auf je 3000 Mitglieder einer Partei entsfällt ein Delegierter. Das Maximum der Delegierten einer Partei ist 50.
3. Zu den Kosten des Kongresses wird von den Parteien für jeden Delegierten, den sie entsenden, folgender Beitrag gezahlt:
Amerika 5 Dollar
Belgien 60 Franken
Dänemark 25 Kronen
Deutschland 15.000 Mark
Deutschösterreich 100.000 Kronen
England 1 Pfund
Frankreich 60 Franken
Holland 12 Gulden
Italien 60 Lire
Jugoslawien 300 Dinar

Table with 2 columns: Country and Amount. Includes Norway (25 Kronen), Romania (500 Lei), Switzerland (25 Franken), Sweden (20 Kronen), Spain (35 Pesetas), Czechoslovakia (120 K K), Hungary (4000 Kronen).

Für Länder, die hier nicht angeführt sind, beträgt der Beitrag 25 Schweizer Franken. In Fällen, wo die Geldwertverteilung des betreffenden Landes eine Ermäßigung bedingt, wird das Organisationskomitee des Kongresses die Summe festsetzen.

Soweit die effektiven Kosten des Kongresses durch diese Beiträge nicht gedeckt sind, werden sie von den Exekutivkomitees der Zweiten Internationale und der I. A. S. P. entsprechend der Zahl der Mitglieder der ihnen angeschlossenen Parteien proportional getragen.

4. Außer den Delegierten, die ihr entsprechend § 2 zuziehen, kann jede Partei Gastdelegierte entsenden, die das Recht haben, den Veranstaltungen des Kongresses als Zuhörer beizuwohnen. Die Zahl der Gastdelegierten darf die Zahl der Delegierten der betreffenden Partei nicht übersteigen.

5. Die Redezeit der Referenten beträgt im Maximum 40 Minuten. Für Diskussionsredner 15 Minuten.

6. Von dem Organisationskomitee wird jeder am Kongress vertretenen Partei eine gewisse Stimmenzahl für die Abstimmungen im Plenum zuerkannt. Für die Bemessung dieser Stimmenzahl wird die Mitgliederzahl der Partei sowie die Gesamtstärke des organisierten Proletariats in dem Lande (Gewerkschaften, Genossenschaften, Parteipresse, Wählerzahl usw.) zugrunde gelegt. Das Maximum für eine Partei ist 30 Stimmen.

7. Die Abstimmung erfolgt durch Heben der Karten. Jedoch wird nach Kongressstimmen abgestimmt, wenn mindestens 30 Kongressmitglieder, die wenigstens fünf verschiedene Länder vertreten, dies schriftlich verlangen. Das Statut der Internationale und die Hauptresolutionen sind nur angenommen, wenn sie zwei Drittel der Kongressstimmen auf sich vereinigen.

Anmeldung zum Kongress.

Diejenigen Parteien, die ihre Teilnahme am Kongress noch nicht angemeldet haben, müssen bis spätestens 30. April 1923 dem Organisationskomitee die Zahl der Delegierten bekanntgeben. Diese Anmeldung ist an einen der beiden Sekretäre des Organisationskomitees, an

Tom Shaw, 25 Victoria Street, London, S. W. 1 oder an Friedrich Adler, Wien V, Rechte Wienzeile 97, zu richten.

Der Parteivorstand der Vereinigten Sozialdemokratie Deutschlands wird für die rechtzeitige Erledigung der Einreisevisa nach Deutschland Sorge tragen. Zu diesem Zwecke ist es nötig, daß die genaue Liste der Namen der Delegierten und Gastdelegierten

bis spätestens 7. Mai bei Otto Weis, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einlangt.

Es ist in Aussicht genommen, daß das in dem Entwurf der Statuten der Sozialistischen Arbeiterinternationalen vorgesehene Exekutivkomitee (§§ 10 bis 15) unmittelbar nach Beendigung des Kongresses in Hamburg zu einer ersten Sitzung zusammentrete. Die am Hamburger Kongress teilnehmenden Parteien werden daher aufgefordert, alle Vorkehrungen zu treffen, damit die provisorische

Wahl des Exekutivkomitees

bereits durch die Delegationen am Hamburger Kongress vorgenommen werden kann. Es werden also die Vorstände der vertretenen Parteien je nach der Stärke der proletarischen Bewegung ihres Landes einen bis drei Genossen als Mitglieder des Exekutivkomitees zu nominieren haben. Die definitive Bestimmung des Exekutivkomitees wird selbstverständlich erst möglich sein, nachdem die Parteien zu den Ergebnissen des Hamburger Kongresses Stellung genommen haben werden.

Bregenz, 6. April 1923.

Das Organisationskomitee zur Vorbereitung des Internationalen Arbeiterkongresses.

Internat. Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien.

Die Exekutive der I. A. S. P. hat in Bregenz am 7. April 1923 beschlossen: Die

Internationale Sozialistische Konferenz

der in der I. A. S. P. vereinigten Parteien wird für den

20. Mai 1923, 9 Uhr vormittags in Hamburg im Gewerkschaftshaus Besenbinderhof 57 (nächst dem Hauptbahnhof) stattfinden. Als

Tagesordnung

wird vorgeschlagen: „Stellungnahme zum Internationalen Sozialistischen Arbeiter-Kongress in Hamburg.“

Die der I. A. S. P. angeschlossenen Parteien werden aufgefordert, sich an der Konferenz möglichst zahlreich vertreten zu lassen. Die Namen der Delegierten sollen spätestens bis 30. April 1923 an das Sekretariat der I. A. S. P. Wien V, Rechte Wienzeile 97 (Telegraphenadresse: Adler, Arbeiterzeitung, Wien), bekanntgegeben werden.

Die Exekutive der I. A. S. P. wird bereits am 19. Mai, 6 Uhr abends, in Hamburg im Gewerkschaftshaus zu einer Sitzung zusammentreten.

Ausland.

Poincares Plaidoyer. Bei der Enthüllung des Kriegedenkmals in Dünkirchen hielt Poincare eine „große“ Rede, die man am besten als Gegenzug eines Advolaten bezeichnet. Alle Kunststücke, die ein solcher vor Gericht aufführt, lehnen da wieder, die Kniffe, den Gegner möglichst schwarz zu machen und die eigene Partei reinzuwaschen, das Pathos und der hohle Brustton der Ueberzeugung. Man belam also wieder zu hören, daß Frankreich mit der Ruhrbesetzung nichts Unrechtes gewahrt habe, daß dieser Schritt mit Imperialismus nichts zu tun habe, daß Deutschlands böser Wille jetzt klarer als je zuvor zutage liege, daß die Welt sich immer mehr auf Frankreichs Seite stelle und daß der Kampf bis zum glücklichen Ende durchgeführt werden müsse. Etwas Neues brachte Poincare nicht vor, er sprach so, wie er sprechen mußte, um der Aktion Loucheurs die nötige Folie der Unerbittlichkeit zu geben. Ob freilich diese Folie den Cuno und Rosenbergs nicht willkommen sein wird, um unter Hinweis auf Poincares Intransigenz einem karamellenen deutschen Vorschlag auszuweichen, ist eine andere Frage. Und doch hang an diesen Vorschläge die einzige Möglichkeit einer Entwicklung zum Besten.

Ansiedlungsbeschränkungen in Budapest Der Budapester Magistrat hat der Generalversammlung ein Statut vorgelegt, demzufolge die Ansiedlung von Fremden in Budapest an bestimmte Bedingungen geknüpft wird. Die liberale Opposition, die in dem Statut ein Mittel der nationalen Mehrheit sieht, fehte dagegen mit der Obstruktion ein, so daß die gestern nachmittags um 4 Uhr begonnene Sitzung erst heute um halb 8 Uhr vormittags geschlossen wurde. Die Vorschläge des Magistrats wurden trotzdem angenommen.

Telegramme.

Schlechte Zeiten für baltenkreuzerische „Felddienstellungen“.

Wien, 16. April. (Eigenbericht.) Die Baltenkreuzer hatten für gestern wieder Felddienstellungen angesetzt. Die Polizei hatte diese Übungen jedoch verboten und hat auch überall an der Stadtpersipherie große Aufgebote von Bereitschaften und außerdem Streisposten längs der Südbahn aufgestellt. Es haben aber bloß Abteilungen im Prater und in Hütteldorf versucht, Übungen abzuhalten. In Hütteldorf wurden sie von der Polizei, im Prater durch unsere Genossen auseinandergetrieben. Die Ordnerformationen der Arbeiterschaft hatten Verweigerung, beschränkten sich jedoch darauf, durch keine Patrouillen die Baltenkreuzer zu bewachen. In Hüttendorf an der Südbahn hatte sich eine Gruppe von Baltenkreuzern angesammelt, die jedoch wieder abgezogen, als die Ordner in die Nähe kamen.

Die Budapester Polizei jagt die „Erwachenden“ auseinander.

Wien, 16. April. (Eigenbericht.) Die „Erwachenden Ungarn“ hatten gestern eine Versammlung im alten Abgeordnetenhause in Budapest angekündigt. Die Versammlung wurde von der Polizei verboten. Die „Erwachenden Ungarn“, die sich trotz des Verbotes dort versammelt hatten, wurden von der Polizei vertrieben und zogen zu ihrem Vereinshaus und hielten dort Versammlungen ab. Hierauf wollten sie eine Abordnung mit ihren Forderungen zum Reichsverweser Dorchy entsenden. Die Polizei verbot jedoch den Zug nach Ofen. Einige Abteilungen, denen es gelang, nach Ofen zu kommen, wurden dort von der Polizei auseinandergejagt.

Kompromiß zwischen Serben und Kroaten?

Belgrad, 15. April. (Tsch. B.) Nach Berichten aus Agram haben dortselbst die zwischen den Delegierten der Radikalen Partei und Radie geführten Unterhandlungen bisher nur zu einem provisorischen Uebereinkommen geführt, wonach Radie bereit ist, einen homogenen radikalen A binett P a s i c die erforderliche parlamentarische Unterstützung bis zum Abschluß eines endgültigen Kompromisses unter der Bedingung zu leisten, daß die Regierung die Forderungen der Radiepartei betreffend die Reubesezung der Beamtenposten in Kroatien und Slavonien erfüllt und in konkrete Unterhandlungen über das Programm „Verfassungsrevision“ eintritt. Das bisherige Ergebnis der Agramer Verhandlungen hat in Belgrader politischen Kreisen insofern befriedigt, als hierdurch die kroatische Frage auf den Boden parlamentarischer Diskussion gestellt wird. Angesichts der politischen Unbeständigkeit des Kroatenführer Radie hält man es jedoch für angezeigt, daß man an die Durchführung des provisorischen Paktes mit größter Vorsicht herantrete. Aus diesem Grunde hat sich auch der gestern zusammengetretene Abgeordnetenkler der radikalen Partei bisher darauf beschränkt, die Mitteilungen des Ministerpräsidenten Pasić über die erfolgte Aufnahme der Unterhandlungen mit Radie zur Kenntnis zu nehmen, im übrigen aber ohne nähere Stellungnahme zu dem provisorischen Uebereinkommen Pasić vollkommen freie Hand für sein weiteres Verhalten überlassen. Trotz der mit Radie aufgenommenen Verhandlungen gilt die endgültige Lösung der Krise durch Erneuerung der radikal-demokratischen Koalition als letzter Versuch zur Vereitlung der Verfassungsrevision noch nicht für ausgeschlossen.

Tages-Neuigkeiten.

Gräberweg.

Eine Via Appia
Ist der Freiheitsweg
Der Menschheit.

Denkmal um Denkmal
Erhebt sich an ihr,
Hier ruhen sie alle,
Die schmählich Getordeten,
All die gemarterten
Opfer der Freiheit.

In allen Sprachen
Glänzen die Namen,
Aus allen Ländern
Summiert sich das Meer.

Hier hebt sich empor
Der Giftbecher Sokrates,
Dort flammt
Der Scheiterhaufen Giordans.

Denkmal um Denkmal
Hebt sich empor,
Große und kleine,
Doch alle gleich
In der Größe der Tat.

Hier ragt das Grabmal
Francisco Ferrers
Und hier der ernste,
Würdige Stein
unseres Schuhmeiers.

Und weiter geht
Der Märtyrerpfad,
Schier ohne Ende.
Hier flammen zwei
Blutige Fackeln:
Luxemburg!
Liebstecht!

Und hier ein frisches,
Ganz frisches Grab:
Berneder . . .

Eine Via Appia
Ist der Freiheitsweg
Der Menschheit.

Doch einmal
Stehen sie alle auf -
Und wandeln mit uns
Mit verkürzten Leibern
Im leuchtenden Tag
Der jungen Freiheit,
Und ein Lebensweg
Wird die Straße des Todes.

Margarete Czizel.

Der Vacher.

Wer nicht das Vergnügen hat, den Vacher von Angesicht zu Angesicht zu kennen, der kaufe sich die letzte Nummer des Prager „Montagsblattes“. Dort steht er, der Vacher, absonderlich, mit einem Blatt Papier in der Hand, ein einziges Wort enthaltend, auf das Vacher mit dem Finger deutet: „Kriegsanleihe“. Und der blaurasierte Vacher fragt: „Wann endlich? . . .“

„Wann, wann wirklich?“
„Was denn?“
„Nu, die Kriegsanleihe-Einlösung!“
„Auch so. Wer fragt denn im „Montagsblatt“?“
„Der Vacher.“
„Der Vacher? Du sagst doch, sein Bild ist im „Montagsblatt“. Aber wer fragt?“
„Auch der Dr. Vacher.“

„Er läßt sich photographieren und im „Montagsblatt“ um Geld sehen und zugleich fragt er?“
„Natürlich. Es ist doch sein Blatt. Er gibt heraus, er ist der Chefredakteur, er schreibt die Artikel, er läßt sich dort abbilden — ein schöner Mensch! — er macht für sich Name als den Vorkämpfer für die Einlösung der Kriegsanleihe — Vacher macht alles.“

„So tüchtig ist der Mann? Wieso ist der denn nicht Abgeordneter?“

„Nu, deswegen läßt er doch jetzt in seinem Blatt sein Bild erscheinen. Wer den Kopf sieht, wird für seine Artikel nicht mehr begeistert sein.“

„Das versteh' ich nicht. Wenn die Leute sein Bild sehen, wählen sie ihn nächstens?“

„Ja. Das ist doch der Witz! Du mußt die sein Bild anschauen und dann mußt du lesen, was er auf derselben Seite schreibt. Er schreibt, man soll nicht mehr direkt wählen, sondern man soll die Leute wählen, die besonders tüchtig sind, die sich in den Spezialfällen gut auskennen, in der Kriegsanleihe und so, verstehst du? Aber nicht die „Vorkämpfer der Arbeit“, wie er so schön gesagt hat, die Bergarbeiter und solche Leute!“

„Jetzt versteh' ich. Und er ist so ein tüchtiger Mensch?“

„Natürlich. Schau' dir nur das Bild an. Jeder soll ein Vacher, der Vacher.“

„Für wen macht er?“

„Er macht und schreibt für die Unternehmer.“

„So? Wirklich tüchtig! Der Mann muß gewählt werden. Wie heißt er?“

„Franz heißt der Vacher.“

Ein entschliches Bild des Wohnungselends. Bei einer vom Bürgermeister der Stadt Bilin angeordneten Wohnungsinspektion wurden in 64 Räumen — von Wohnlokalen kann absolut nicht gesprochen werden — zusammen ein Flächenmaß von 784 Quadratmetern festgestellt, auf dem nicht weniger als 316 Personen wohnen müssen. Es kommen daher auf jeden dieser 316 Personen 2,5 Quadratmeter Bodenfläche! Das bedeutet, daß

Der Kampf der chemischen Arbeiter.

Arbeitsaufnahme in den Centrawerken.

Aussig, 16. April. (Eigenbericht.) Der Betriebsauschuss und die Arbeiterschaft der Centrawerke in Arnschwitz haben der Aufforderung der Zentralstreikleitung Folge geleistet und die Arbeit Montag, den 16. April, im vollen Umfang wieder aufgenommen. Der Entschluß der Streikleitung entspringt einzig und allein dem Interesse, der kämpfenden Arbeiterschaft zum Siege zu verhelfen und die Arbeiterschaft ist bereit, jederzeit wieder aus dem Betriebe zu gehen, wenn es erforderlich sein sollte. Wenn in der „Prager Abendzeitung“ die Forderung der chemischen Industrie die Aufnahme der Arbeit als Niederlage der Arbeiter darstellt, wollen wir es den Herren überlassen, sich zu freuen und nur sagen, daß auch die Arbeiterschaft ihrerseits sich über die Arbeitsaufnahme freut und zur gegebenen Zeit werden wir nicht ermanzeln, auch die Gründe anzugeben. Die Centrawerker haben ihre glänzende Diszi-

plin bewiesen, indem sie der Aufforderung der Streikleitung unbedingt Folge leisteten und an dieser Disziplin wird die Forderung der Unternehmer verscheitern. — Dagegen sind die 39 Arbeiter der Dachpappfabrik Jdunovskij in Türitz in den Streit eingetreten. Auch die Zahl der Streikopfer hat sich vergrößert. In der großen Chemischen sieht man zahlreiche Vorarbeiter und Meister mit verbundenen Händen, einen sogar mit verbundener Nase herumlaufen. Vielleicht sehen auch sie ein, daß sie sich bei ihrer Streikbrecherarbeit nicht nur durch diese Betriebsunfälle, sondern auch materiell schaden, da eine Niederlage der Arbeiter auch für sie eine Kürzung der Bezüge bedeuten würde. Zwei Vorarbeiter, die Streikbrecherdienste geleistet haben, versprachen, — vielleicht durch eine kleine Demonstration mit Regenmuff vor ihren Fenstern bewegt —, den Arbeitern nicht mehr in den Rücken zu fallen.

diese Menschen sich nicht mehr nebeneinander zur Ruhe legen können, sondern sich schichtenweise übereinander legen müssen. Der Bericht des Stadtarztes über die Beschaffenheit dieser „Wohnräume“ lautet: Gewölbe, Waschlüchen direkt am Mühlgraben, sehr nah, Wasser unter dem Fußboden, sanitätswidrig, dumpfig, das Wasser dringt durch die Decke, weiter Gartenhäuschen ohne Fenster, feuchte, dumpfige Keller, Werkstätte ohne Fußboden, Dachzimmer durch Bretterverschlag, nah beim Abort, mit Zementfußboden, Wasser und so weiter. In manchem dieser Räume wohnen sogar zwei und drei Familien. Alle 64 Räume waren sofort als Wohnlokale aufzuheben, doch man weiß nicht, wohin man die 316 Bewohner unterbringen sollte. So ist an eine Abhilfe nicht zu denken, zumal es an Geld mangelt, allerdings nur an Geld für Zwecke der Volkswohlfahrt. Für den Militarismus, für Kasernenbauten und so weiter ist ja Geld genug da. Baugründe gibt es genug, es fehlt auch nicht an Baumaterialien und an arbeitsfreudigen Händen und dennoch müssen Proletarier in derartigen Löchern hausen, in die ein Bürgermann sich wahrhaftig hüten würde, seine Haustiere unterzustellen. Dafür lesen wir es immer wieder in den Blättern unserer Auslandspropaganda, daß die Volkswohlfahrt in diesem Staate sich auf mufertüchtiger Höhe befindet.

1.537.000 Kriegsschädigte in Deutschland. Nach den neuesten Berechnungen beträgt, wie aus Berlin gemeldet wird, die Gesamtzahl der Kriegsschädigten einschließlich der abgefundenen Personen 1.537.000. Die Zahl der Kriegshinterbliebenen beträgt 1.549.000.

Die Komotauer Eingemeindungsfrage. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter von Komotau und Oberdorf haben bei allen Beratungen über die Vereinigung der Gemeinden Komotau und Oberdorf für diese Vereinigung Stellung genommen und deren Beschleunigung verlangt. Nun hat die politische Bezirksverwaltung mit Umgehung weiterer Beratungen aufgrund des § 1 des Gesetzes vom 18. April 1921 am 14. April eine Verlautbarung erlassen, in der die Absicht der Regierung ausgesprochen wird, aufgrund des zitierten Gesetzes die Ortsgemeinden Komotau und Oberdorf zu vereinigen. In der Verlautbarung heißt es dann weiter, daß dieser Beschluß der Regierung acht Tage öffentlich kundgemacht wird und daß es jedermann freisteht, gegen die beabsichtigte Vereinigung der Gemeinden binnen der weiteren achtstägigen Frist Einwendungen beim Ministerium des Innern einzubringen. Zu dieser Verlautbarung schreibt die Komotauer „Volkzeitung“: „Wenn nun die Regierung mit dieser Kundmachung anzeigt, daß sie aufgrund eines Ermächtigungsgesetzes die Vereinigung durchzuführen gedenkt, so bewegen sie sicherlich andere Gründe, als die organisierte Arbeiterschaft zu diesem Vorgehen bewegen haben.“

Eine Absuhr des Abgeordneten Jung. Nach längerer Pause haben sich die Hakenkreuzler Sonntag im Russiger Kreisgebiet wieder hervor-gewagt. In Mariaschein sprach Abg. Jung allerdings vor geladenen Gästen, in ihrer Hochburg Groß-Prizeien aber leisteten sich die Gelben eine öffentliche Versammlung. Viele unserer Genossen opferten eine Krone Eintrittsgeld, wofür sie durch den humoristischen Verlauf der Versammlung reichlich entschädigt wurden. Jung schimpfte in der gewöhnlichsten Weise am Thema vorbei und wurde in allen Punkten seiner Rede vom Genossen Bulina widerlegt, der die Nordpolitik der Gelben an Zitaten aus dem „Tag“ erörterte. Jung sprach dann noch, von zahlreichen Zwischenrufen unserer Genossen unterbrochen, verwirrt ein ganz konfus Schlußwort. Damit endete die Versammlung, deren Folge sein dürfte, daß die Hakenkreuzler künftig auch in Großprizeien keine öffentlichen Versammlungen mehr riskieren werden.

Explosionsunglück in Prag-Wisotshau. Gestern nachmittags wurden bei der Kolbenfabrik in Prag-Wisotshau von Eisenbahnarbeitern 8 Waggons mit Rum ausgeladen, wobei der Arbeiter Bratislav Keger in einem Wagon eine Handgranate fand, die explodierte. Durch die Explosion wurden fünf Arbeiter verletzt. Der Arbeiter Keger ist seinen Verletzungen bereits erlegen. Eine Untersuchung wurde sofort eingeleitet.

Vom Kommunismus zum Alerikalismus. In Preßburg trieb bis vor nicht langer Zeit als unentwegter Radikaler, als Vorsitzender der kommunistischen Partei und als Vorstand des toten

Gewerkschaftskartells ein gewisser Rudolf Chovan sein Unwesen, das sich natürlich insbesondere gegen die deutschen Sozialdemokraten richtete. Dieser Chovan, der so lange in Preßburg die erste Geige bei den Kommunisten spielte, ist nun, wie Preßburger bürgerliche Blätter zu berichten wissen, in das Lager der Christlichsozialen eingezogen. Wir können dem unentwegten Vorkämpfer für Moskau und seine Heilslehre nur ein kräftiges „Wohl bekomms“ nachrufen. Er wird sich ja schließlich nicht viel ändern müssen: Die Demagogie, die er bei den Kommunisten gelernt hat, wird er jetzt im schwarzen Lager gut verwerten können.

Der Komiker Eisenbach gestorben. In Wien ist am Samstag der bekannte Komiker Heinrich Eisenbach im 53. Lebensjahre gestorben. Eisenbach hat in Wien zuletzt die Direktion des Etablissements „Rag und Morit“ geführt und war vorher ungefähr zwei Jahrzehnte der Star der Suboper Orpheum-Gesellschaft gewesen. Eisenbach, der durch seinen Simon Dalles in der „Nobelpartie“ seinerzeit weltberühmt geworden ist, trat in Prag zuletzt als alter Steiglytj auf.

Ein ungewöhnlicher Selbstmord. In dem Otmüher Vorort Chwalowitz hat dieser Tage in der Scheune des Johann Jeman der Beamte der Salzmühlen in Alna Slatina (Slowakei) Josef Ostadal auf ungewöhnliche Weise Selbstmord begangen. Der Selbstmörder, der durch Herzschlag endete, hatte seinen Winterrod über den Kopf gezogen, seine Augen waren geschlossen, so daß der herbeigerufene Bezirksarzt der Meinung war, daß es sich um einen Nord handele. Erst nachdem man bei der Leiche drei Abfuhrbriefe gefunden hatte, kam der wirkliche Sachverhalt zutage. Ostadal, der ein Verwandter des Jeman ist, war durch seine Frau um seine Ansprüche auf den Besitz des Jeman gekommen. Es kam zu Streitigkeiten, in deren Folge die Frau zu ihren Verwandten nach Groß-Wisternitz bei Olmütz zog, während Ostadal den Posten in der Slowakei annahm. Dort sah er den Plan, seine Frau zu ermorden, führte ihn jedoch, wie aus den Abschiedsbriefen hervorgeht, nicht aus, da er fürchtete, daß er dann nicht mehr die Kraft haben werde, Selbstmord zu begehen. Er versuchte daher auf seinen Nordplan und beschloß, nur sich selbst zu erschießen, nachdem er vorher sein ganzes Geld, 1500 Kronen, in den Marschfuß geworfen hatte. Auf dem Bestium seines Verwandten erschloß er sich, wie er angibt, aus Rache, damit sein Geist dann dort umgebe und den Eigentümern schreie.

Der Geldverkehr mit Deutschland. Ab 15. April wurde der bisherige Höchstbetrag, den man mittels Postanweisung aus der Tschechoslowakei nach Deutschland senden konnte, auf 750.000 Mark erhöht. Der Nachnahmetrag, der auf eine deutsche Beipostnahme oder auf einen Zahlungsauftrag in der Tschechoslowakei eingehoben werden kann, wurde auf 1200 Kronen, bei Paketen auf 750.000 Mark erhöht. Jeder Absender darf täglich nur den auf eine Postanweisung zulässigen Betrag absenden.

Flugzeugkatastrophe in Berlin. Am Samstag nachmittags kam es anlässlich der Besichtigung des auf dem Tempelhofer Felde bei Berlin projektierten Jungfahers zu einem schweren Unglücksfall. Bei einem Probeflug stürzte ein Flugzeug mit drei Insassen ab. Sämtliche Insassen sind bereits ihren Verletzungen erlegen.

Statistikereil. Bei der sonntägigen Vorstellung von Dostal's „Neuer Dreifels“ im Industriepalast auf dem Ausstellungspalast in Prag kam es nach dem ersten Akt zu einem Streit der Statisten, da deren Forderungen nicht erfüllt worden waren. Die Vorstellung mußte abgebrochen werden.

Von einem Stier aufgepöbelt. In Märk.-Ostpran lief ein schungswortender Stier über das Feld gegen Marienberg zu, wo ihn der Bergarbeiter Franz Redvidet aufhalten wollte. Der Stier spießte den Mann auf seine Hörner auf und schloßerte ihn bei Seite. Der schwerverwundete Redvidet wurde ins Krankenhaus geschafft. Der Stier wurde in Marienberg eingesperrt.

Kleine Chronik.

6000 Tonnen Tabak durch Brand vernichtet. Nach einer Meldung aus London wurden durch einen Brand in einem Lagerhause im Viktoria-dock 6000 Tonnen Tabak vernichtet. Der Schaden beträgt über eine Million Pfund Sterling.

Verheerende Sturmflut an der Küste von Korea. Reuter meldet aus Tokio: Das Marine-Departement hat eine Nachricht aus Korea erhalten, daß an der Ostküste der Halbinsel nach einer Sturm-

flut 400 Fischerfahrzeuge und andere Boote vernichtet wurden.

Von den „Vorkämpfern der Arbeit“. Blättermeldungen aus Johannesburg zufolge, sind auf der Grube Randfontein 20 Arbeiter verschüttet worden. Es besteht keine Hoffnung auf ihre Rettungen.

Die Wahrheit über die Leistungen der Prager Angeestelltenkrankenkassa.

Eine Flut schmutziger Verdächtigungen und Verleumdungen ergießt sich in der letzten Zeit über die von Arbeitern verwalteten Bezirkskrankenkassen. Dieser Verleumdungskampagne hat den Zweck, das Vertrauen der Angestellten, die Mitglieder dieser Bezirkskrankenkassen sind, zu erschüttern und in ihnen den Glauben zu erwecken, daß ihre Beiträge „zur Erhaltung politischer Agitatoren“ verwendet, zu anderen Zwecken mißbraucht werden, daß die Angestelltenbeiträge nicht den Angestellten, sondern den Arbeitern zugute kommen, wogegen die Prager Krankenkassa der Privatangestellten ungeheure, von den Bezirkskrankenkassen niemals erreichte Leistungen bietet.

Und es ist von ganz besonderem Interesse, daß dieser Kampf, der da gegen die Bezirkskrankenkassen geführt wird und der darauf ausgeht, die Angestellten aus den Bezirkskrankenkassen herauszulösen und in die Prager Privatangestellten-Krankenkassa zu überführen, die wertvollste Unterstützung der gelben deutschnationalen Angestelltenorganisation, des satfam bekannten Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in Aussig findet; interessant darum, weil diese Prager Krankenkassa sich in den Händen nationaldemokratischer Parteigänger, Marie Kramar, befindet und wir hier die beiden nationalen Antipoden, extreme Tschechoslowaken und nicht minder extreme Deutschnationalen beim Sturm gegen eine für die Arbeiterschaft wichtigste und in jahrzehntelanger Arbeit mühsam aufgebaute Institution sehen.

Wir glauben diesen Kampf der Gelben gegen unsere vornehmste soziale Einrichtung nicht besser brandmarken zu können, als dadurch, daß wir die in einem kürzlich erschienenen Flugblatt enthaltenen Beschuldigungen gegen die Bezirkskrankenkassen wirklich wiederholen und ebenso die Versprechungen, mit denen die Angestellten gelodert werden sollen, abdrucken. Dieses Flugblatt, welches sowohl von der „Nednota soukromich urodnuh in Prag“ als auch von dem D. S. B. in Aussig gezeichnet ist, behauptet, daß die Angestellten nur aus folgenden Gründen zum Verbleiben in den Bezirkskrankenkassen verhalten werden:

1. Es soll die Passivität der Bezirkskrankenkassen gebannt werden.
2. Es sollen die Beiträge der Privatangestellten zur Erhaltung politischer Agitatoren verwendet werden.
3. Es sollen nach wie vor die Beiträge zu anderen Zwecken mißbraucht werden.
4. Die Bezirkskrankenkassen loden bei ihrem Streben nach Auflösung der noch bestehenden Krankenkassen der Privatangestellten die Fonds von einigen Hundert Millionen der Sozialversicherungsinstitute.

Dagegen verspricht der D. S. B. den Angestellten, wenn sie zu dieser tschechoslowakischen Angestelltenkrankenkassa übertreten, folgende Vorteile: Bei gleichen Beiträgen höhere Krankengelder, freie Arztwahl, bedeutend höhere Wöchnerinnenunterstützung, wesentlich höhere Beitragsleistung bei jahrelangiger Behandlung.

Papier ist geduldig und in Flugblättern lassen sich goldene Berge versprechen, denn es ist klar, daß der einzelne Angestellte, der diese vortheilhaften Behauptungen nicht nachprüfen kann, die ihm als Köder vorgelegt werden, damit er im guten Glauben, sich eine bessere Krankenversicherung zu sichern, mit dazu hilft, die dunklen Ziele der Unternehmer und ihrer Helfershelfer, der nationalistischen Organisationen, die es auf die Zertrümmerung der einheitlichen Krankenversicherung abgesehen haben, zu unterstützen. Denn die Statistik, diese unbedingte Wahrheitsucherin, weist das gerade Gegenteil dieser Anpreisungen nach und ihre einwandfreien Ziffern sollten die Angestellten veranlassen, reichlich zu erwägen, bevor sie diesen Lockrufen der gelben Nationalisten beider Lager folgen.

Einem eben erschienenen statistischen Werke „Die Krankenkassen in der Nachkriegszeit“ entnehmen wir die nachstehenden Ziffern über die Leistungen der Krankenkassen im Jahre 1921. Dort erfahren wir vor allem die eine äußerst wichtige Tatsache, daß die Bezirkskrankenkassen bei einer Mitgliederzahl von 1.823.139 an direkten Leistungen an die Mitglieder 499.475.901,76 Kronen verausgabten. Ein Mitglied dieser Kassen hat im Durchschnitt 273,96 Kronen rückerhalten, während die Leistungen der Krankenkassa der Privatangestellten sich dem gegenüber darstellt, daß diese Kassa an ein Mitglied im Durchschnitt nur 174,43 Kronen in direkten Leistungen rückerstattete!

Wenn also, wie das Flugblatt des D. S. B. behauptet, die Prager Krankenkassa der Privatangestellten bei gleichen Beiträgen höhere Leistungen bietet, so beschränkt sich diese „Wohltat“ auf die Ansammlung prunkender Reserwefonds, die auf Kosten der Versicherten, deren jeder im Erkrankungsfall um 99,53 Kronen weniger als ein bei einer Bezirkskrankenkassa Versicherter rückerhält, angeammelt werden.

Aber ein Vergleich zwischen den Leistungen einer einzelnen Bezirkskrankenkassa und der

Krankenkassa der Privatangestellten in Prag fördert ein für die letzten geradezu niederschmetterndes Laifachen- und Zahlenmaterial zutage.

Die „Soziale Rundschau“ vergleicht in ihren Ausgaben vom 15. Februar und 15. März die Leistungen der Brüner Bezirkskrankenkassa mit jener der Prager Privatbeamtenkrankenkassa.

Die Brüner Kassa wurde darum gewählt, weil sie mit ihren 66.000 Mitgliedern der Privatbeamtenkrankenkassa, die rund 61.000 Mitglieder zählt, recht nahe kommt und darum, wenn die für die Prager Kassa gemachte Reklame wahr ist, die Ziffern der beiderseitigen Leistungen um zirka 10 Prozent — dem Mitgliederstande entsprechend — differenzieren müßten.

Das Verhältnis ist aber in Wahrheit das folgende:

Die Ausgaben im Jahre 1921 haben betragen:

Table with 3 columns: Krankengeld, Wöchnerinnenunterstützung, Mitglieder, Familienvers., Schwangerschaftsunterstützung, etc. It compares the Prager and Brüner Krankenkassen.

Der Aufwand an direkten Verbindungen an die Mitglieder war demnach bei der Bezirkskrankenkassa in Brünn um 14,878.074.55 oder um 137 Prozent höher als bei der Privatangestelltenkrankenkassa.

Auf ein Mitglied und Jahr umgerechnet hat der Aufwand bei der Krankenkassa der Privatangestellten 174.43 Kronen, bei der Brüner Bezirkskrankenkassa 386.64 Kronen betragen, also um 212.21 Kronen weniger Ziffer um Ziffer wird hier das Lügengewebe zerteilt.

„Bei gleichen Beträgen höhere Krankengelder“ schreiben sie in die Welt und in Wahrheit bietet die Bezirkskrankenkassa bei sicherlich im Durchschnitt niedrigeren Beiträgen ihren Mitgliedern fast das Fünffache der Leistungen der Privatangestelltenkrankenkassa.

Nur bei den Ausgaben für Ärzte und Medikamente sehen wir höhere Leistungen der Privatbeamtenkrankenkassa, aber dieser Differenz stehen wieder die höheren Leistungen der Bezirkskrankenkassa bei den Posten: Spital und Beerdigungsbeiträge gegenüber, die beweisen, daß auch hier die Mitglieder der von Arbeitern geleiteten Bezirkskrankenkassen den Privatangestellten gegenüber nicht benachteiligt sind.

Und zum Schluß wollen wir den Arbeitern draußen in den Betrieben verraten, wie die deutschnationalen und nationaldemokratischen Herrchen, die im Dienste der Unternehmer die Einheitskrankenkassa beschimpfen, über die Männer, die in jahrzehntelanger Arbeit die Bezirkskrankenkassen verwaltet und zu dieser Höhe der Leistungsfähigkeit emporgehoben haben, urteilen: „Wir brauchen keine Parasiten und Vergewerter des Geldes; unsere Sozialversicherungsanstalten werden nie die Domäne irgendeiner politischen Partei und das Versorgungsheim für verkrachte Politiker werden.“

So schreiben und höhnen diese Gelben, die notorisch im Dienste Kramar und seiner mit der Zivnokratie verpflanzten nationaldemokratischen Partei stehen.

Wir hoffen, daß die Angestellten angeichts des ihnen vorgeführten Ziffernmaterials erkennen werden, wohin die Reise geht und wo die Parasiten sind, die es auf ihre Beiträge abgesehen haben.

Gerichtssaal.

Der Mord an Morzer.

Von der eigenen Frau betrogen und angeklagt.

Prag, 16. April. Vor 13 Jahren lernte der Buchbinder Josef Pelak aus Prag-Lieben die damals 16 Jahre alte Anna Ch. kennen, die später seine Frau wurde. Er war damals 18, sie, wie schon gesagt, 16 Jahre, beide waren sie draußen in der Prager Vorstadt aufgewachsen, verstanden sich bald gut und lebten in gemeinsamem Haushalte.

Vier Jahre wirtschaftete Pelak und Anna Ch. und kümmerlen sich wenig um die übrige Welt. In ihr bescheidenes Glück griff da mit neidischer Hand das Schicksal ein, Pelak mußte 1914 einrücken. Um Marie Ch. die Unterstützung zu sichern, wurde auch rasch eine Hochzeit gefeiert und dann zog der Mann ins Feld. In der besten Kraft seiner Mannesjahre verließ er den heimischen Herd — kaum neun Jahre später folgte er, gebrochen an Leib und Seele, grau geworden vor Kummer und Gram als Mörder seiner Frau sich vor den Prager Geschworenen zu verantworten haben.

Die nüchternen Sätze der Anklageschrift vermögen nur anzudeuten, welch tragisches Geschick über den Mann hereinkam, der heute im Alter von 31 Jahren einem verbrauchten Greise gleicht. Denn die Anklage hat nur alles zu vereinigen, was gegen ein Verbrecher spricht: und im Falle Pelak, den sie wegen Totschlages der Gattin vor die Geschworenen zitiert, berichtet sie nur so nebenbei, daß Frau Pelak ihrem Manne untreu wurde, ja noch mehr, daß sie ihn angeklagt hatte.

Der Schwurgerichtssaal war zum Bersten voll. Josef Pelak erzählt die Geschichte seines Lebens, seiner Katastrophe. Als er im Felde war, bekam er immer weniger Briefe. Seine Frau begann ihn zu betrügen, zuerst mit einem, dann mit mehreren Männern. Als er dann im Jahre 1917 einmal auf Urlaub nach Hause kam, war seine Frau gar nicht zu Hause, sie wohnte bei ihrem Geliebten. Und die bereits groß gewordenen Kinder erzählten ihm, daß die Mutter beim zweiten Vater sei. Pelak — verzweifelt seiner Frau. Doch kaum war er einige Tage zu Hause, so mußte er ins Spital nach Dejwih, denn

Seine Frau hatte ihn angeklagt.

Als er dann nach dreimonatlicher Behandlung einmal Ausgang hatte, überraschte er seine Frau mit irgendeinem Liebhaber in der Wohnung. Und seine beiden Kinder begrüßten ihn mit dem Ausruf: „Wir haben jetzt einen zweiten Vater.“ Pelak trug Sorge, daß die Kinder zu seinen Eltern kommen und verließ die Frau endgültig.

Nach dem Umsturz verstand es Frau Pelak, ihren Mann so umzustimmen, daß er sich bereit erklärte, wieder mit ihr gemeinsam zu leben. Doch für die beiden wurde das Zusammenleben zu einer Qual. Pelak hatte als Nachwirkung der Geschlechtskrankheit ein Blasen- und Nierenleiden davongetragen. Seine Frau, die nun einmal den Weg des Vaters betreten hatte, wurde zur orksbekannten Dirne, von der man sich wegen der Ansteckungsgefahr hütete. Alle Bitten des Mannes, alle Ermahnungen der Eltern halfen nichts: Anna Pelak ließ den einen Geliebten fahren, um nach wenigen Tagen schon mit einem anderen die Nächte zu verbringen. Pelak mußte nach der Slowakei einrücken. Er bekam bald Briefe von seinen Kollegen, daß es seine Frau ärger treibe denn je. Als er dann heimkehrte und seine Frau zur Rede stellte, entgegnete sie brüsk: „Ich bin eine selbständige Frau und nicht deine Skawin und werde tun, was ich will.“

Wie die Tat geschah.

Vorsitzender OGBA. Brückel: „Erzählen Sie uns nun, Angeklagter, wie sich das am 1. März zugegetragen hatte.“

Angeklagter: „Meine Frau kam erst nach Mitternacht nach Hause. Ich habe sie um 10 Uhr mit einem Manne gesehen und sie aufgefordert, nach Hause zu kommen. Doch sie wollte nicht.“

Vorsitzender: „Sie lichen sie schlafen gehen?“

Angeklagter: „Ja, denn die Kinder schliefen doch auch bereits.“

Vorsitzender: „Und am Morgen?“

Angeklagter: „Um 7 Uhr weckte ich die Kinder und schickte sie zur Schule. Dann setzte ich mich mit der Frau auseinander. Ich bat und beschwor sie, ein anderes Leben zu führen. (Mit erstickter Stimme) Ich fiel vor ihr auf die Knie nieder, doch sie wollte nichts hören und gab mir eine Ohrfeige und sogar einen Fußtritt. — — Da sah ich nur mehr die Hade, die meine Frau kurz vorher heringebracht und zum Ofen gestellt hatte, ich sprang auf diese Hade zu, holte aus ...“

Vorsitzender (leise): „Und weiter?“

Angeklagter: „Ich weiß es nicht mehr. Ich erinnere mich an nichts, ich war so von Sinnen. Hätte sie die Hade nicht heringebracht, ich hätte ihr nichts getan.“

Vorsitzender: „Haben Sie ihre Frau einmal geschlagen?“

Angeklagter: „Nein, niemals!“

Die Jugeneinbernahme und das Urteil.

Nach der Tat lief Pelak, wie aus der Einvernahme der Zeugen zu entnehmen ist, auf die Straße hinaus und stellte sich dem Wachmann Eckstein mit den Worten: „Ich habe meine Frau erschlagen!“ Pelak mußte gefesselt werden, denn er gebühete sich wie wahnsinnig. Seine Frau fand man tot in einer Blutlache auf.

Di Gerichtsarzte erklärten, daß Pelak normal sei und nur an Wahnvorstellungen leide. So seien dies jedenfalls Auswirkungen eines Nervenschlages, den er im Weltkrieg während der Vienne-Schlacht durch eine Verwundung erlitten.

Die Beratung der Geschworenen dauerte nur kurze Zeit. Sie verneigten einstimmig die Schulfrage auf Totschlag.

Josef Pelak wurde daher freigesprochen. Die Geschworenen hatten für ihn 333 Kronen gesammelt die ihm der Vorsitzende nach der Urteilsverkündung übergeben wollte. Doch Pelak hörte auf seine Worte nicht mehr: Er war in eine tiefe Ohnmacht gefallen.

Eine halbe Stunde später verließ er das Gerichtsgelände, gebeugt und gebrochen, ein kranker, vernichteter Mann. Die Geschworenen hatten ihm die Freiheit, aber nicht die Seelenruhe wieder geben können.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Eine Volksabstimmung über die Zollpolitik.

Bern, 15. April. (Schweiz. Dep.-Ag.) Bei der Schweizer Volksabstimmung wurde die sozialdemokratische Zollinitiative mit einer Mehrheit von 463.000 gegen 170.000 Stimmen verworfen. An der Abstimmung beteiligten sich 64 Prozent aller abstimmungsberechtigten Personen.

Im Februar 1921 hat die schweizerische Bundesversammlung den Bundesrat zur Herausgabe eines neuen vorläufigen Zolltarifs ermächtigt. In diesem Zolltarif, der die Grundlage zu den Handelsvertragsverhandlungen der Schweiz mit den anderen Ländern bilden sollte, waren die Zollsätze bedeutend hoch, weswegen die schweizerischen Sozialdemokraten mit aller Energie den Kampf gegen diesen Zolltarif aufnahmen. Sie brachten ein sogenanntes Volksbegehren ein, welches von 150.000 Antragstellern unterzeichnet war (obwohl für das Zustandekommen eines Volksbegehrens 50.000 Unterschriften notwendig sind), in dem sie eine Volksabstimmung über den neuen Zolltarif verlangten. Darin wurde gefordert, daß eine Änderung der Zollpositionen im allgemeinen nur durch eine Volksabstimmung möglich sein soll, wobei dem Bund das Recht vorbehalten blieb, unter außerordentlichen Umständen vorübergehend besondere Maßnahmen zu treffen. Das stärkste Argument der Hochschulzöhlner, hinter denen fast alle bürgerlichen Parteien standen, war, daß ein Land bei Handelsverhandlungen umso besser abschneide, je höher es zuvor die Positionen seiner Verhandlungstarifs hinausgeschraubt habe. Mit Recht hielten dem die Sozialdemokraten entgegen, daß für den Verhandlungserfolg keineswegs ein höherer Verhandlungstarif maßgebend ist, sondern vielmehr die Bedeutung des schweizerischen Marktes und der schweizer Tauschobjekte für die Wirtschaft der Kontrahenten. Die sogenannten Kampfsätze, für welche das Bürgerium eintritt, damit die Verhandlungen mit den anderen Staaten angeblich günstig ausfallen, werden — das gilt auch von anderen Ländern — sehr leicht zu schützigen, weil im Handelsvertrag dann bis nahe an die Höhe dieser sogenannten Kampfsätze herangegangen wird.

Die Volksabstimmung brachte nun, wie oben gemeldet wird, einen Sieg der Hochschulzöhlner. Die Bourgeoisie erhofft für sich ein wirtschaftliches Wohlergehen nur von hohen Preisen und diese hohen Preise sollen ihr durch hohe Zölle gesichert werden. Daß dadurch die technische Entwicklung der Industrie leidet, weil für die Unternehmer gar kein Grund ist, den industriellen Apparat technisch zu verbessern, da eben die Konkurrenz die hohen Zölle ausbeutet, überführt die kurzfristige bürgerliche Volkswirtschaftslehre. Abgesehen hiervon werden die Schweizer Arbeiter das Ergebnis dieser Volksabstimmung dadurch büßen müssen, daß sie für viele Artikel höhere Preise zahlen müssen. Das Abstimmungsergebnis ist nur so zu erklären, daß selbst im Mittelstand die bürgerliche Ideologie stärker war als das Konsumenteninteresse. Wie in allen anderen Ländern sind nun auch in der Schweiz die sozialistischen Parteien die einzigen Vorkämpfer der Interessen der Konsumenten.

Eine internationale gewerkschaftliche Tagung in Prag. Am 26. und 27. April wird der Vorstand des Berufsekretariats der Büroangestellten und Techniker in Prag Sitzungen abhalten. Abgesehen von den üblichen Berichten umfaßt die Tagesordnung folgende Punkte: Anschlußgesuch der italienischen und russischen Organisation. (Der letzte Verband gab eine Mitgliederzahl von 260.000 Staatsbeamten und 390.000 Angestellten in Privatunternehmen auf.) Der Achtstundentag. Die Organisation der Intellektuellen. Das Verhältnis der Berufsekretariate zum Internationalen Gewerkschaftsbund. Die Vorbereitungen zum Internationalen Kongress von 1924. Angeichts der in verschiedenen Ländern fortschreitenden Geldentwertung sollen die Bestimmungen über die Beiträge revidiert werden. Am 24. und 25. April finden Vorstandssitzungen der Gruppen der Techniker und Bankangestellten statt.

Wie die Arbeitslosen verhungern. Einen besonders trafen Fall von Arbeitsloseneend meldet die Warnsdorfer „Vollstimme“. Am 15. April 1922 wurden die Arbeiter der Firma Bauer und Gerber in Warnsdorf entlassen. Neun Monate bekamen sie die staatliche Unterstützung, im zehnten Monat befahlen die Behörden, daß diese Opfer der Wirtschaftskrise nur noch die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung bekommen dürfen. Alle Bemühungen des Sekretariates der Textilarbeiter in Warnsdorf, der Gemeinde, der Intervention des Abgeordneten Roscher waren ergebnislos. Aber es sollte für die Arbeiter noch ärger kommen. Am 15. April sollen sie überhaupt keine Unterstützung mehr bekommen, weil sie dieselbe schon durch ein Jahr bezogen haben. Es handelt sich um 400 Arbeiter, die buchstäblich dem Hunger preisgegeben sind.

Eine Reichskonferenz der Union der Geschäftreisenden und Vertreter fand am 15. April in Prag statt. Es wurden eine Reihe von sozialpolitischen Fragen dieser Angestelltenkategorie besprochen und Beschlüsse gefaßt, die auf die Reform der bestehenden Gesehe über die Handelsagenten, Angestellten, Gewerbegehilfe, Arbeitslosenunterstützung, Ausweisung Fremdzuständiger aus den verschiedenen Staaten hingen.

Wiederaufnahme der Erzeugung von Schlackenziegeln. Vorgestern fand im Handelsministerium eine Beratung über die Erzeugung von Schlackenziegeln statt, die seinerzeit eingestellt wurde. Die hauptsächlich Interessenten sind die

Prager Eisenindustrie-Gesellschaft und die Königshofer Werke. Da es zu einer Einigung gelangte, wird mit der Erzeugung in der nächsten Zeit wieder eingesetzt werden, zunächst in Klado, und, soweit möglich, später auch in Königshof.

Polens Defizit — 1639 Milliarden. Die polnische Regierung hat dem Sejm das Budgetprovisorium für das zweite Vierteljahr 1923 vorgelegt. Das Budgetprovisorium sieht an Sachausgaben 1287 Milliarden, an Personalausgaben 1275 Milliarden und einen Zusatzkredit von 400 Milliarden vor, zusammen also 2960 Milliarden. Die Einnahmen sind mit 1323 Milliarden präliminiert, so daß das Defizit 1639 Milliarden betragen wird. Zur Deckung des Defizits soll bei der polnischen Landesdarlehenskassa eine weitere Verschuldung des Staates bis zur Gesamthöhe von 3150 Milliarden Mark erfolgen. Gleichzeitig legte das Finanzministerium dem Sejm einen Gesetzentwurf vor, mit welchem die polnische Landesdarlehenskassa zu einer weiteren Banknotenausgabe in der Höhe von 2500 Milliarden ermächtigt wird.

Lohnerhöhung in Amerika. Die Chicagoer Armourgesellschaft kündigt eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 Prozent für 200.000 Angestellte an. Für die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten ist diese Meldung charakteristisch.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 16. April.

Table with 3 columns: Gold, Ware, and various exchange rates for currencies like 100 holl. Gulden, 10000 Mark, etc.

Züricher Schlusskurse am 16. April.

Table with 3 columns: Gold, Ware, and exchange rates for Paris, London, Berlin, Mailand, Holland, Wien, etc.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with 2 columns: City (Zürich, Berlin, Wien) and exchange rate (Schw. Frank, Mark, ökr.).

Literatur.

Internationales Arbeitsjahrbuch 1923.

Genf, Verlag des Internationalen Arbeitsamtes. (Zu Kommission bei Hans Preiß, juristische Verlagsgesellschaft Berlin). 1120 Seiten.

Der dritte Jahrgang dieses Nachschlagewerkes enthält Angaben über 72 Staaten und Kolonien, die sich auf rund 2400 Gewerkschaften, 1950 Unternehmerorganisationen, 1100 Organisationen der Arbeiter, 45 Vereinigungen von Kriegsbeschädigten, 475 Genossenschaften und 50 verschiedene Organisationen beziehen. Auch die internationalen Berufsekretariate und die Landeszentralen der Berufsorganisationen sind berücksichtigt. Außer dem Titel jeder Organisation sind die Namen der leitenden Beamten, die Verbandsorgane, die Mitgliederzahlen, sowie die Zugehörigkeit zu nationalen und internationalen Verbindungen verzeichnet. Bei den Genossenschaften ist in der Regel auch über den Umfang Auskunft gegeben. Die Angaben sind von den Spitzenverbänden der in Frage kommenden Organisationsgruppen vor der Drucklegung nachgeprüft worden, so daß sie als durchaus verlässlich gelten können. Diesen Nachweisungen vorausgeschickt sind, Mitteilungen über den Aufbau der Internationalen Arbeitsorganisation und die von ihren Jahresversammlungen gefaßten Beschlüsse, ferner über die Organisation des Völkerbundes, sowie über die Regierungsstellen der einzelnen Staaten, die sich mit Arbeitsangelegenheiten befassen.

Das Buch ist ein gut brauchbares Nachschlagewerk für alle Gewerkschaften und andere auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung und Sozialpolitik tätige Vereinigungen.

Turnen und Sport.

Oesterreich gegen Italien 0: 0.

Sonntag in Wien vor 80.000 Zuschauern. Die Wiener sind viel zu langsam, um ihre Ueberlegenheit in der zweiten Halbzeit auszuwerten zu können.

Sonstiger Sonntagsport. Brünn: Wakkabi gegen Wader Wien 3:1 (3:0). Hervorragendes Spiel des Wakkabi, dessen Mannschaft den Wienern in allem überlegen ist. Während der zweiten Halbzeit kommt es zu unerquicklichen Szenen und das Publikum dringt ins Spielfeld. Vollständig unfähiger Schiedsrichter. Brünn: Sparta gegen DFC. Olmütz 4:1; SA. Prostějov gegen Zbivice 2:1. — Olmütz: SA. Olomouc gegen Widra Wien 3:2. Die Wiener treten übermüdet an und können, trotzdem sie technisch Olomouc um mindestens eine Klasse überlegen war, eine Niederlage nicht verhindern. — Tepliz: T. FA. gegen Leipziger Ballspiel-Klub 2:0.

D. F. C. gegen Sp. V. Troppau 0:0, (0:0).

Seit den letzten Wochen war man beim D.F.C. an klägliche Leistungen gewöhnt, doch was er am Sonntag bot, war wohl das jämmerlichste Schauspiel seit langem.

Sparta gegen I. F. C. Nürnberg 1:0, (0:0).

Das siegreiche Tor fiel in der letzten Minute, so daß der Kampf einen dramatischen Verlauf nahm. Während das Spiel in der ersten Hälfte von gleichwertigen Gegnern bestimmt wurde, klapperten die Gäste in der zweiten Hälfte zusammen.

Arbeiter! Parteigenossen! Abonniert den !! Sozialdemokrat !! Werbel neue Abonnenten! Schärft die beste Waffe im Klassenkampf!

Kunst und Wissen.

Lohengrin mit Karl Clewing a. G. (Deutsches Theater, 14. April.) Es ist nur zu gut begreiflich, daß sich die Berliner Staatsoper diesen Sänger gesichert hat.

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (42)

Anzutrüben, reizbar, schlecht beherrscht, schwankte Ernst zwischen Tagwerk und Reizung. Dem Tag sollte sein Recht werden, und daheim sollten Weib und Kind einen frohen, gut gelaunten Menschen um sich haben.

Der Tanz im Mond.

Immer schweigend Luise. Nur die klugen, dunklen Augen redeten von Verstehen und wissendem Schmerz. Sie hatte nur eine Waffe: dieses Schweigen.

ein. Nun erst seine stimmlichen, gefanglichen und musikalischen Vorzüge! Nicht den von Mutter Natur so und nicht anders gebauten Stimmbändern und Resonanzhöhlen gebüht das Verdienst an der Vortrefflichkeit dieses Gesangsinstrumentes.

Dr. F. K.

„Ein Kamel durch ein Nadelöhr.“ Lustspiel von Franz Langert. (Tschechische Erstaufführung im Svanda-Theater; Kammerstücke.) Der Autor, durch das auch ins Deutsche überetzte Novellenbuch „Die goldene Venus“ und durch einige Bühnenerfolge bekannt, von denen das Schauspiel „Millionen“ stark sozial gefärbt ist, gestaltet diesmal in heiterer Weise den Gegensatz zwischen arm und reich.

Bühne, die Smetanas „Verkaufte Braut“ aufzuführen als nationales Verbrechen betrachtet, langer ihre Tore öffnen sollte, ist bei der vom Kraus-Rimmel der bekannten Verböhrtheit der Prager „Deutschen“ nicht zu erhoffen.

Vortragabend Egon Erwin Kisch. Egon Erwin Kisch erweckte einmal den Glauben, in den Spuren eines Francois Villon und ähnlicher zu wandeln, welche, wahre Kinder der Welt, die von der bürgerlichen Gesellschaft Ausgestoßenen: Dirnen, Zuhälter usw. mit der großen menschlichen Liebe des Künstlers umfassen und ihnen die Jüge der Heiligen, des Ewigen verleihen.

Neues Theater. Heute, Dienstag „Katja, die Tänzerin“; Ensemblegastspiel des Raimundtheaters Wien — Gastspiel Max Ballenberg; Mittwoch und Donnerstag „Der Unbestechliche“, Freitag „Dardamille der Petrovna“; Samstag „Linde mit Einakter“; Sonntag nachmittags „Cavalleria rusticana“, „I pagliacci“, abends „Katja, die Tänzerin“.

Kleine Bühne. Heute Dienstag und Donnerstag Gastspiel Paul Morgan Einakter; morgen Mittwoch, Freitag und nächsten Sonntag nachmittags „Cherubino“; Samstag und nächsten Sonntag „Das blaue Wunder“.

STEMPEL F. CHMEL Prag II., Nekazanka 18.

Kompagnons für eine Seidwarenfabrik suchen wir Stille Teilhaber mit Kapital. Angebote an F. Chmel, Prag VII, Rátiš 19. 1557

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angefordigten Bücher und Zeitschriften werden reichlich geliefert.

Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“

Ensemblegastspiel des Deutschen Landestheaters in Wien. Heute früh begibt sich das Schauspielensemble des Deutschen Landestheaters unter der Führung des Direktors Kramer nach Wien.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten für Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag, Fignerovo nam. 4. Die für den 19. d. L. angelegte Versammlung findet nicht statt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Moorbad Bohdanec bei Pardubic

heilt mit Erfolg rheumatische, Frauen- u. Nervenleiden. Erstklassige Moor-, Vierkammer u. Kohlensäurebäder. Ausgedehnter Park. Waldige Umgebung. Modernes Bädhaus u. Kolonnade m. Zentralheizung. Bahnhst. Pardubic, fünfmal täg. Autousverbindung. Tel.-Nr. 2. Volkspreise. Vorzüglichste Verpflegung. Täglich Konzerte. Sommersaison vom 2. Mai bis 30. Septemb. Informationen erteilt umgehend die Badedirektion.

Unglaublich ist es, wie mühelos die „Vibena Crème“ halbflüssig in Glastiegeln einen wunderbaren Glanz dem farbigen Schuhwerk verleiht.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holik

PRIMA Kautschukabsätze und Kautschuksohlen. Schonen die Nerven, schützen die Füße, helfen sparen!

„Es gefällt dir also nicht, wenn ich arbeite... Wer soll dann aber das Haus in Ordnung halten? ... D ja, ich weiß manches andere, was recht schön wäre...“

Ernst senkte den Kopf. Wie lange war er mit Luise nicht mehr ausgegangen? ... „Du hast recht. Wir müssen wieder einmal auf ein Stübchen ausfliegen...“

Der „neue, nette Hut“ war seine letzte Zuflucht, wenn er sich recht zerknirscht und in seines Weibes Schuldigkeit fühlte. Er wollte dann immer ehrlich auf Luise zugehen.

„Morgen hast du doch Zeit... Geh also gleich um den Hut.“ Luise's Hand stahl sich herüber. Der leise, innige Druck galt nicht dem Hut, das wußte er, sondern der freundlichen Teilnahme, die aus seiner Wollung sprach.

Du bist mit deinen vierundzwanzig Jahren schon so schein und zurückgezogen, wie es dein Alter sonst nicht ist...“

„Es fehlt mir nichts. Ich wüßte nicht, was ich entbehre... Das Kind gibt soviel Unterhaltung, besonders jetzt, wo es zu reden anfängt. Nur mit dir möchte ich manchmal, natürlich mußt du Zeit und Lust haben, eine Stunde oder zwei spazieren gehn...“

Sie war doch ein herrlicher Mensch, besser, o soviel besser als er, der immer nur an sich dachte, nie bescheiden vernünftig sein konnte, und von eitlem Wähungen geplagt wurde.

„Gut! Wir gehen von jetzt ab öfter zusammen fort... Ich hab' da vielleicht bisher manches übersehen, und war wohl richtig, wie ich gern sein möchte...“

Nie sprach Ernst anders als dumpf und grollend von seiner Vergangenheit. Die Stimme kam auch jetzt wie aus einer Gruft.

„Da hast du so einiges aus meinem Leben... Du bist doch in Luft und Sonne groß geworden, Bäume und Blumen standen auf deinem Weg, der ja auch nicht ohne Steine gewesen ist...“

(Fortsetzung folgt.)